

10.01.2015 bis 12.01.2015, regional

Sebastian Krumbiegel: „Die Ängste nicht ignorieren“

sz-online, 10.01.2015

Ich erlebe von Leipzig aus, was in Dresden gerade abgeht. Und ehrlich gesagt, ich kann nicht verstehen, dass Menschen einer Bewegung, die andere Menschen ausgrenzen will, hinterherlaufen. Da habe ich eine klare Position. Und wenn der Ruf „Wir sind das Volk“ jetzt missbraucht wird, dann wird mir schlecht. Dieser Slogan verbindet sich mit dem Protest von 1989, bei dem es um Freiheit, um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ging.

Seit vielen Jahren bin ich in Dresden am 13. Februar dabei, wenn es darum geht, den Aufmarsch der Nazis zu stoppen. Daher weiß ich auch, dass dieser Protest lange brauchte, um sich zu formieren. Umso wichtiger erscheint es mir, an diesem Sonnabend mit vielen Leuten in Dresden ein Zeichen zu setzen. Nicht vergessen werden sollte jedoch, dass die Ängste und Wünsche der Montagsdemonstranten Ursachen haben. Als ich vor Jahren von Nazis zusammengeschlagen wurde und mich später mit einem der Täter traf, da begriff ich, dass der Typ im Leben wenig Chancen hatte. Er hat sich bei mir entschuldigt und erklärt, dass sein Vater ein Säufer war, seine Mutter sich nie gekümmert hat und er in die falsche Gemeinschaft geraten ist, aber verstanden hat, dass er anders leben muss. Deshalb ist die Demo am Sonnabend wichtig, aber noch wichtiger bleibt es, sich mit der Kritik und den Ängsten auseinanderzusetzen, sie zu hören und zu reagieren. Sonst wird es nicht besser.

»Widerlich, wie Pegida das Paris-Attentat ausschlachtet

bild, 11.01.2015, dpa

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat die Organisatoren der Pegida-Demonstrationen aufgefordert, die für Montag geplante Demonstration in Dresden abzusagen.

Maas sagte zu BILD: „Hätten die Organisatoren einen Rest von Anstand, würden sie diese Demonstrationen einfach absagen. Die Opfer haben es nicht verdient, von solchen Hetzern missbraucht zu werden.“

Die Pegida-Organisatoren hatten dazu aufgerufen, im Gedenken an die Opfer der Anschläge von Paris am Montag einen Trauerflor zu tragen.

„Jeder hat das Recht zu demonstrieren“, sagte Maas.

„Aber: Wie heuchlerisch ist das denn? In Dresden wollen Menschen mit Trauerflor am Arm eben jener Opfer in Paris gedenken, die sie vor einer Woche noch als Lügenpresse beschimpft haben. Es ist einfach nur widerlich, wie die Hintermänner dieser Demos das abscheuliche Verbrechen von Paris jetzt ausschlachten wollen.“

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte der Pegida-Bewegung vorgeworfen, die Terroranschläge von Paris politisch zu missbrauchen. „Die Instrumentalisierung eines so schrecklichen Mordanschlages für die eigenen Zwecke ist schäbig“, sagte er der „BILD am SONNTAG“.

Der Minister warf Pegida-Anhängern vor, Islam mit Islamismus gleich zu setzen: „Es wurde erst gesagt, man habe Sorge vor Islamisierung. Und jetzt heißt es: Seht ihr, wir haben doch immer vor dem Islamismus gewarnt. Das ist infam.“

De Maizière fügte hinzu: „Wir müssen unterscheiden zwischen Islamisten, die sich zu Unrecht auf die Religion berufen, um Straftaten und Morde zu begehen oder sich radikalieren – und den Moslems, die verfassungstreu in Deutschland ihren Glauben leben. Sie haben mit den Terroristen nichts zu tun und wollen es auch nicht.“

AfD in der „Pegida“-Falle

bild, 11.01.2015

Der Richtungs- und Personalstreit in der AfD schwelt weiter.

Parteichef Bernd Lucke (53) wurde am Samstagabend zum Wahlkampfauftakt in Hamburg (Bürgerschaftswahl am 15. Februar) erwartet. Spannend dürfte sein, ob er auf die Kritik der Vorstandsmitglieder an seinem Führungsstil („Gutsherrenart“) eingeht und den Anbiederungskurs der ostdeutschen AfD-Vertreter an die „Pegida“-Bewegung kommentiert.

Während Lucke nach den Terrorschlägen von Paris zur Besonnenheit mahnte, höhnte AfD-Vize Alexander Gauland: „All diejenigen, die bisher die Sorgen vieler Menschen vor einer drohenden Gefahr durch den Islamismus ignoriert oder verlacht haben, werden durch diese Bluttat Lügen gestraft“. Gauland nennt „Pegida“ hartnäckig „unsere natürlichen Verbündeten“.

Seine Dresdner Parteikollegin Frauke Petry bestätigte nach einem Geheimtreffen mit den „Pegida“-Organisatoren ausgerechnet am Tag des Massakers, es gebe große „Schnittmengen“ mit den Islamisierungsgegnern. Diese wollen laut Programm unter anderem das Grundgesetz ändern, eine „Integrationspflicht“ für Ausländer einführen.

An Kritik (SPD-Fraktionschef Oppermann: „üble Demagogie“) fehlte es nicht. Doch die Frage, ob sich die AfD wirklich zum Sammelbecken für die Parolendrescher der Pegida machen will, ist noch unbeantwortet.

Meinungsforscher Hermann Binkert (50), Leiter des Erfurter Meinungsforschungsinstituts Insa-Consulere, sieht die AfD in der „Pegida“-Falle.

Zu BILD sagt er: „Wenn die AfD sich nicht klar von rechtsextremen Positionen abgrenzt und diesen widerspricht, wird sie in bürgerlichen Milieus mehr Zustimmung verlieren als sie bei Rechtsextremen gewinnen kann. Sie hat nur dann in ganz Deutschland eine Chance, wenn sie ihren liberal-konservativen Kurs beibehält.“

„AfD-Anhänger nehmen auch an Anti-Pegida-Protesten teil“

„Pegida“ bestehe längst nicht aus lauter Verbündeten der Euro-kritischen Partei. Binkert: „Die Annahme der AfD, es seien fast ausschließlich AfD-Wähler, die bei ‚Pegida‘ mitmarschieren oder sich dies für die Zukunft vorstellen können, ist falsch. Unsere Umfragen haben ergeben, dass es ebenso viele ‚Pegida‘-Sympathisanten aus dem Lager der etablierten Parteien gibt. Umgekehrt gibt es auch Anhänger der AfD, die an ‚Pegida‘-Gegendemonstrationen teilnehmen.“

Zudem ist der Meinungsforscher überzeugt, dass es überwiegend Versäumnisse der etablierten Parteien sind, die der AfD Erfolge ermöglichen – Versäumnisse, die korrigierbar seien.

„Die AfD hat vor allem deshalb Chancen, in Parlamente einzuziehen, weil die etablierten Parteien ihnen bestimmte Themen überlassen, weil seit Jahren ein politisches Vakuum entstanden ist, das die AfD nur noch zu füllen braucht.“

Bleibt der AfD-Erfolg auf den Osten beschränkt?

Bundesweit käme die AfD, wenn am nächsten Sonntag gewählt würde, laut Infratest-dimap-Umfrage auf sechs Prozent. Damit liegt sie deutlich unter den Werten, die sie 2014 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen erreichte.

Sollte die AfD den Einzug in die Landesparlamente in Hamburg und im Mai in Bremen verfehlen, könnte sich der Eindruck einer altmodischen Partei verfestigen, die vor allem die Befindlichkeiten ostdeutscher Bewahrer und Globalisierungsskeptiker abbildet.

Die Prognose von Meinungsforscher Binkert: „Wenn im Blick auf die Führungsstruktur und die inhaltliche Ausrichtung die Vernunft siegt, hat die AfD Zukunft. Wenn nicht, scheitert sie bei der Bundestagswahl 2017.“

Rechten Parteien laufen die Mitglieder davon

Ungeachtet der von großen Teilen der deutschen Bevölkerung geteilten Ängste vor Islamisten und Terror können die rechtsextremen Parteien davon nicht profitieren.

Die NPD hat nach Informationen des „Tagesspiegel“ im vergangenen Jahr 300 Mitglieder verloren. Sie zähle jetzt noch 5200, hieß es in Sicherheitskreisen. Vor fünf Jahren waren es 6600.

Die islamfeindliche „Pro NRW“ nahm laut Sicherheitskreisen von 1000 auf 950 Mitglieder ab.

FDP für Mehrheit der Wähler relevanter als AfD

Die FDP ist für die Mehrheit der Deutschen in der Parteienlandschaft wichtiger als die AfD. Das sagen 56 Prozent der Befragten (Emnid-Umfrage für „Focus“). Nur 17 Prozent geben an, die AfD werde mehr als die Freien Demokraten gebraucht, die noch in sechs von 16 Landesparlamenten sitzen.

In der bundesweiten Wählergunst liegt die FDP seit Monaten bei nur zwei bis drei Prozent.

Enttäuscht von der Wende und jetzt bei Pegida?

mdr, 12.01.2015, Manuele Lonitz

In Dresden hat Pegida – anders als im Westen Deutschlands – unverändert Zulauf. Von Woche zu Woche gehen hier mehr Anhänger der Anti-Islambewegung auf die Straße. Über die Gründe, warum es gerade die Ostdeutschen sind, wird heftig spekuliert. So werden zum Beispiel enttäuschte Hoffnungen nach der Wende ins Spiel gebracht.

Mit den tatsächlichen Gegebenheiten hat der Protest im Osten nicht viel zu tun. Der

Ausländeranteil ist hier verschwindend gering. Trotzdem sitzen die Ängste der Pegida-Anhänger tief. Ein Grund mögen die Erfahrungen nach der Wende sein. Viele haben den Arbeitsplatz verloren und bekommen über Jahre Hartz IV. Ein sozialer Abstieg, der prägt, sagt die Linke Landtagsabgeordnete Henriette Quade aus Halle: "Zum anderen ist es natürlich auch die Erfahrung von 1989 schnell verflogen, dass etwas passieren kann, wenn Leute auf die Straße gehen und ihren Willen frei artikulieren."

Henriette Quade ist Migrationspolitische Sprecherin der Linken. In ihrer Heimatstadt Halle erlebt sie Konflikte zwischen armen Deutschen und armen Ausländern. Zum Beispiel im Stadtteil Silberhöhe, wo der Zuzug von Roma für Proteste und Gewalt sorgte. Hier gäbe es dasselbe Phänomen wie bei Pegida sagt sie, "dass Fakten, dass beispielsweise Aufklärung darüber, warum diese Leute eigentlich hierher gekommen sind, welchen Anspruch sie auf staatliche Leistungen haben und welchen eben auch nicht – dass so eine Aufklärungsarbeit immer nur bis zu einem bestimmten Punkt reicht."

Menschen müssen ihre Probleme artikulieren

Es ist wichtig, dass die Menschen sagen können, was sie bedrückt. Doch über die individuellen Lasten nach der Wende sei zu wenig gesprochen worden, sagt die evangelische Landesbischöfin Mitteldeutschlands. Und nicht nur die Einkommensschwachen waren enttäuscht, dass der versprochene Wohlstand nicht so schnell eingetreten ist, meint der Soziologe Prof. Dr. Reinhold Sackmann von der Uni Halle. "Das geht weit in die Mitte, zum Teil sogar in die Eliten hinein. Deshalb sind auch die Demonstranten, die wir jetzt bei den Pegida-Demonstrationen sehen, nicht nur die Verlierer aller Prozesse. Das sind durchaus auch Leute die das Gefühl haben, Ihnen wird etwas weggenommen, was ihnen zustehen würde."

Neid und Aggression

Ernst Christoph Römer ist der Vorstandsvorsitzende der Evangelischen Stadtmission Halle. Er erlebt das Gleiche bei den Menschen, die am Existenzminimum leben. Sie finden oft keine Anerkennung in der Gesellschaft. Und manchmal seien es dann Kleinigkeiten, die Frust auslösen, erklärt er am Beispiel der Tafel. Dort können Bedürftige für geringes Geld Lebensmittel erhalten. Das gilt auch für Asylanten. Doch in letzter Zeit schaffte es das Sozialamt nicht, ihre Anträge zu bearbeiten und konnte kein Geld auszahlen. Man bat die Tafel darum, eine Notversorgung umsonst abzugeben. "Wenn dann diese Asylanten reingehen und ihr Notpaket holen, dann schürt das natürlich einen gewissen Neid bei Leuten, die auch im Bezug stehen. Sie sehen dann, die Asylbewerber bekommen es umsonst und wir müssen was zahlen. Und das schürt Neid und auch ein bisschen Aggressionen. Das macht Unfrieden zwischen den Menschen."

Normalerweise müssten vor Ort Sozialarbeiter sein, um einwirken zu können, doch dafür fehlt das Geld, bedauert Römer. Und so wird über die Probleme oft nicht gesprochen. Und auch viele Pegida-Anhänger würden ihre wahren Sorgen hinter Parolen verstecken, meint Soziologe Reinhold Sackmann.

10.01.2015 bis 13.01.2015, bundesweit

Eine Stadt kämpft um ihren Ruf

tagesspiegel, 10.01.2015, Matthias Meisner und Robert Birnbaum

35.000 Menschen versammelten sich am Samstag in Dresden zu einer regierungsoffiziellen Anti-"Pegida"-Demonstration. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich hatte es aber schwer, der Kritik an der "Staatskundgebung" zu begegnen.

„Schön, dass ihr auch schon da seid“, steht auf einem großen Transparent unmittelbar vor der Bühne auf dem Dresdner Neumarkt. Es ist eine Spitze gegen die CDU-Oberen in Stadt und Land, die sich bisher an Demonstrationen gegen „Pegida“ nicht beteiligt haben. Jetzt aber, nachdem die islamfeindliche Bewegung von Woche zu Woche in der sächsischen Landeshauptstadt mehr Zulauf gefunden hat, sind sie eben doch da, bei der Kundgebung „für Weltoffenheit“, zu der Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz und Ministerpräsident Stanislaw Tillich aufgerufen haben und zu der nach Angaben der Veranstalter rund 35000 Menschen an die Frauenkirche gekommen sind.

Die Veranstaltung beginnt mit einer Schweigeminute für die Opfer des Anschlags auf „Charlie Hebdo“ in Paris. Eine richtige „Anti-Pegida“-Demonstration ist die regierungsoffizielle Kundgebung nicht. Schon im Vorfeld hat es Streit um das Motto gegeben, das zunächst heißen sollte: „Wir sind eine Stadt, ein Land, ein Volk“. Erst später war dann von Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog die Rede.

Die Redner bewegt der durch „Pegida“ angekratzte Ruf Dresdens. Etwa den Schlagersänger Roland Kaiser, der nach jahrelang ausverkauften Gastspielen bei den Filmnächten am Elbufer eine große Fangemeinde in der Stadt hat. „Mut zur Offenheit und Neugier Andersdenken gegenüber“ verlangt er. „Setzen wir gemeinsam der Angst vor dem Unbekannten die Neugier entgegen.“ Und, so fügt der Schlagerstar unter Applaus hinzu: „Die Zeiten der Sündenböcke sollten der Vergangenheit angehören. Ich finde, das hat uns die Geschichte gelehrt.“

Kritiker aus den Reihen der „Anti-Pegida“-Bewegung hatten Tillich und seinen CDU-Parteifreunden einen „Kuschelkurs“ gegenüber der islamkritischen Bewegung vorgehalten. Am Freitag verschickte die Landes-CDU per SMS einen Aufruf an ihre Mitglieder, in der es auch um den Ruf des Ministerpräsidenten selbst ging. „Unseren Stanislaw Tillich unterstützen! Morgen 15 Uhr Frauenkirche Dresden. Kundgebung für Recht, Demokratie und Weltoffenheit.“

Tillich vermeidet die Erwähnung von „Pegida“

In seiner Ansprache geht Tillich nicht direkt auf Kritik an seiner Rolle im Umgang mit „Pegida“ ein. Er vermeidet die namentliche Erwähnung der Bewegung und spricht lediglich von Demonstranten, die ihrem Ärger über „die da oben“ Luft machen wollten. Der CDU-Politiker versichert: „Wir sind freiheitsliebend und demokratisch, wir sind weltoffen und tolerant, wir sind mitmenschlich und solidarisch.“ Er stellt aber auch fest: „Ich kenne Menschen, die Sorge vor Überfremdung haben.“ Und erklärt: „Seit Monaten wird der Strom von Flüchtlingen und Asylsuchenden immer größer.“ Gerade deshalb sei es wichtig, die Integrationsanstrengungen zu verbessern. Seine Ansprache schließt er mit einem Satz von Johannes Rau: „Ich bin gerne Deutscher wie alle deutschen Patrioten, und deshalb lehne ich Nationalismus ab.“ Während der Rede sind immer wieder Pfiffe zu hören.

Vor ihm hat Oberbürgermeisterin Orosz ihre Rede mit dem ersten Satz des Grundgesetzes beendet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie werde nicht zulassen, „dass Prediger von Angst die Oberhand über mein Haus, meine Straße, meine Stadt gewinnen“. Politik, so appelliert sie, heiße

nicht, „seinen Frust an Schwächeren auszulassen oder Andersdenkende niederzubrüllen“.

Die binnen weniger Tage von der Staatsregierung und der Stadt organisierte Kundgebung war nicht überall in Dresden gut angekommen – erst recht, nachdem der CDU-Fraktionschef im Landtag, Frank Kupfer, ausdrücklich auch die Teilnehmer der „Pegida“-Demonstrationen eingeladen hatte: Es werde „nicht gegen irgendetwas“ demonstriert, sondern der Versuch unternommen, „mit den Menschen ins Gespräch zu kommen“. Kupfer betonte: „Und da sind auch ausdrücklich die 18000 eingeladen, die montags zu ‚Pegida‘ gehen.“ Im Internet schäumten Aktivisten: Die Kundgebung sei „ein Tritt in den Arsch derjenigen, die ihn sich in den vergangenen Wochen bei Nopegida abgefroren haben“.

Letztlich aber entschieden sich doch viele, die bereits in den vergangenen Wochen gegen „Pegida“ demonstriert hatten, zur Teilnahme an der von ihnen zunächst als „Staatskundgebung“ kritisierten Veranstaltung. Fahnen der Linkspartei und der Grünen waren zu sehen. Andere trugen selbstgemalte Transparente „Keine Toleranz für Intoleranz“. Unter die Teilnehmer mischte sich auch der in Dresden lebende Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Deutschlandfahnen wie auf den „Pegida“-Demonstrationen waren letztlich nur vereinzelt zu sehen.

Das Bündnis „Dresden nazifrei“ spricht von einer „Staatskundgebung“

Bei den Protestdemonstrationen gegen „Pegida“ an den vergangenen Monaten waren stets weniger Menschen auf die Straße gegangen als bei den islamfeindlichen Kundgebungen selbst. Bei letzteren zählte die Polizei am ersten Montag im neuen Jahr 18.000 Teilnehmer, denen etwa 4.000 Gegendemonstranten gegenüberstanden. Ob die von der Polizei genannten Teilnehmerzahlen richtig geschätzt sind, ist in Dresden allerdings umstritten.

Das Bündnis „Dresden nazifrei“, das die Proteste gegen „Pegida“ in den vergangenen Wochen maßgeblich initiiert hatte, hält von der Kundgebung, zu der Tillich und Orosz aufgerufen haben, nichts. Es kritisiert, die „Staatskundgebung“ sei eine „scheinheilige Veranstaltung“, und ruft zu einem zeitgleich stattfindenden Anti-Nazi-Protest im ost-sächsischen Bautzen auf. Die Landesregierung und die Stadtverwaltung hatten die Initiative in die Vorbereitung der Großkundgebung nicht eingebunden.

In einer am Freitagabend veröffentlichten Erklärung hat „Dresden nazifrei“ den offiziellen Aufruf, wonach Dresden und der Freistaat Sachsen seit Jahrhunderten weltoffen seien, Satz für Satz auseinandergenommen: „Wissen die Dresdner Oberbürgermeisterin und der sächsische Ministerpräsident nicht um die Rolle Sachsens und im besonderen Dresdens allein in den Jahren zwischen 1933 und 1945? Oder ist Hoyerswerda 1991 vergessen oder Mügeln?“ Dresden und Sachsen hätten „keine Tradition und Kultur der Weltoffenheit“.

Unterdessen ist bislang unklar, wann und in welchem Format eine gemeinsame Kundgebung der im Bundestag vertretenen Parteien stattfindet. SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte die Idee eines Auftritts am Brandenburger Tor Mitte der Woche an CDU und CSU herantragen lassen, seither wird sie ventiliert. Zuvor hatte auch die Linkspartei einen solchen Vorschlag ins Spiel gebracht. In der Union wird das Projekt mit gewisser Skepsis betrachtet. Es sei nicht richtig klar, wofür oder wogegen man denn da demonstrieren solle, heißt es bei CDU und CSU: für Solidarität mit Frankreich, für die Pressefreiheit, gegen Terror und Islamismus, oder zugleich ein bisschen gegen „Pegida“? Einen Redewettbewerb von fünf oder mehr Parteichefs hält auch niemand für richtig zielführend. Aber schon wieder Bundespräsident Joachim Gauck bitten? „Das nutzt sich schnell ab“, warnt ein CDU-Präsidiumsmitglied am Rande der Vorstandsklausur in Hamburg. Jetzt sollen sich erst einmal am Montag Abgesandte der Parteien über die Modalitäten unterhalten. Angela Merkel, auf den Plan angesprochen, sagt immerhin schon mal zu, dass die CDU-Chefin sicher nicht zu Hause bleiben werde, wenn die CDU zur Demonstration rufe.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat indirekt die islamfeindliche Pegida-Bewegung kritisiert. „Wo Hass und Vorurteile zu Hause sind, da werden wir auch keine guten Lösungen für uns alle finden“, sagte Merkel in ihrem am Samstag veröffentlichten Video-Podcast. „Deshalb ist es wichtig, dass jeder sich zu den Grundwerten unseres Landes bekennt, und dazu gehört zum Beispiel auch das Recht auf Asyl für verfolgte Menschen“.

Warum Pegida vielleicht nicht gemeinnützig ist

faz, 10.01.2015, Patrick Bernau

Die Pegida-Bewegung will gemeinnützig werden, damit Spender ihre Überweisungen von der Steuer absetzen können. Doch das ist gar nicht so einfach.

Der Kampf „gegen die Islamisierung des Abendlandes“ - ist er gemeinnützig? Das wird demnächst das Finanzamt Dresden-Süd entscheiden müssen. Denn die islamkritische Bewegung Pegida hat laut einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ den entsprechenden Antrag gestellt. Für Pegida wäre das gut: Spender könnten ihre Überweisungen von der Steuer absetzen, und auch der Verein selbst bliebe von mancher Abgabe verschont. Aber ob Pegida tatsächlich als gemeinnützig anerkannt wird, das ist noch längst nicht sicher. Denn politische Initiativen sind in Deutschland eigentlich überhaupt nicht gemeinnützig. „Dass Pegida als gemeinnützig anerkannt wird, ist keine Selbstverständlichkeit“, sagt der angesehene Bonner Steuerrechtler Rainer Hüttemann.

Das mussten in den vergangenen Jahren auch die Umweltorganisation BUND und die Globalisierungskritiker von Attac feststellen. Beide bekamen Streit mit dem Finanzamt. Erst im Oktober hat das Frankfurter Finanzamt dem Verein Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt - die Begründung: Attac sei zu politisch. Die Linkspartei argwöhnte damals, es gebe ein „Gesinnungssteuerrecht“. Tatsächlich haben es in Deutschland alle politischen Organisationen schwer.

Für Parteien gibt es eine eigene Steuerbefreiung. Für alle anderen Organisationen gilt die Abgabenordnung - und die sieht politisches Engagement nicht als Grund für eine Gemeinnützigkeit. Im Anwendungserlass des Finanzministeriums heißt es ausdrücklich: „Die Gemeinnützigkeit ist zu versagen, wenn ein politischer Zweck als überwiegender Zweck in der Satzung einer Körperschaft festgelegt ist oder die Körperschaft tatsächlich überwiegend einen politischen Zweck verfolgt.“ Nur wer das demokratische Staatswesen fördern möchte, bekommt die Steuererleichterung - muss sich dann aber umso neutraler verhalten. Gemeinnützige Vereine dürfen sich zwar politisch äußern, wenn sie gemeinnützige Ziele haben - aber: Wer vor allem politische Ziele verfolgt, bekommt keinen Steuervorteil.

So werden andere Vereine gemeinnützig

Andere politische Initiativen geben sich deshalb speziell Ziele. Viele wollen sowieso die Umwelt schützen, andere veranstalten internationale Begegnungen oder schreiben sich in die Satzung, sie wollten die Bildung der Deutschen fördern. So haben es sowohl die Stiftung Familienunternehmen als auch Attac geschafft, gemeinnützig zu werden. Doch Attac kam damit im Oktober nicht mehr durch.

Attac will die Finanzmärkte regulieren, eine Finanztransaktionssteuer fordern und drängt auf eine Vermögensabgabe. Damit ist man noch lange nicht gemeinnützig: So argumentierte das Finanzamt. So ähnlich könnte es auch einer Organisation wie Pegida gehen, die eine neue Flüchtlingspolitik fordert – auch wenn sie als verfassungskonform gilt.

Wie will Pegida gemeinnützig werden? Die Organisatoren waren am Samstag nicht zu erreichen, um das zu erklären. In der Satzung nimmt sich Pegida die "Förderung politischer Wahrnehmungsfähigkeit und politischen Verantwortungsbewusstseins" vor, so zitiert die Frankfurter Rundschau – und zwar mit Kultur- und Weiterbildungsveranstaltungen, Diskussionen sowie Initiativen und Aufklärungsaktionen, dazu kommt die „Begegnung der Bürger zum Gedankenaustausch“.

Doch das muss nicht unbedingt zum Ziel führen. „Wenn das Finanzamt schon während der Gründung Hinweise darauf hat, dass die tatsächlichen Aktionen nicht zur Satzung passen, kann das Finanzamt die Gemeinnützigkeit versagen“, sagt Hüttemann. „Die Gerichte sind liberal. Aber wer nur auf die Straße geht, ist keine Bildungseinrichtung.“

Zehntausende gehen auf die Straße

wiwo, 11.01.2015, dpa

Seit Wochen zieht Pegida wöchentlich durch Dresden, um gegen eine Überfremdung zu demonstrieren, die es dort gar nicht gibt. Stadt und Freistaat sehen ihr Image in Gefahr.

Nur der starke Wind ist zu hören, als die 35.000 in einer Schweigeminute auf dem Neumarkt vor der Dresdner Frauenkirche der Opfer des Terrors in Frankreich gedenken. „Je suis Charlie, aber nicht Pegida“, bekunden einige der Teilnehmer auf Zetteln, die sie schweigend in die Höhe halten. Solidarität mit den Opfern beim französischen Satiremagazin „Charlie Hebdo“, die vor wenigen Tagen von Islamisten getötet wurden, kein Verständnis für Islam- und Fremdenfeindlichkeit. Man stehe hier für Menschen zusammen, sagt Oberbürgermeisterin Helma Orosz - „egal, ob sie hier in Deutschland, Europa, Afrika oder Asien geboren wurden, egal, ob sie Christen, Juden, Hindus oder Muslime sind“. Und die Erleichterung ist der CDU-Politikerin, die in wenigen Wochen krankheitsbedingt aus dem Amt scheidet, deutlich anzusehen. Erleichterung darüber, dass tatsächlich so viele gekommen sind. Mehr als zuletzt zu Pegida, die mit ihren Demonstrationen gegen eine von ihr behauptete Überfremdung das Bild der Stadt in der öffentlichen Wahrnehmung seit Wochen prägt.

Und auch das Wetter spielt an diesem Nachmittag mit. Regen und Sturm waren angesagt. Der Wind bläst zwar heftig, aber immer wieder scheint auch die Sonne auf die Menschen vor der Frauenkirche. „Wir sind Dresden“ ist auf Plakaten und Transparenten zu lesen ebenso wie „Vielfalt statt Einfalt“ oder „Pegida-Versteher nein danke“. Ein kraftvolles Bild für Toleranz und Weltoffenheit - die Rechnung geht auf. Sie seien auf den Neumarkt gekommen, um für eine offene Stadt einzustehen, sagt ein 37-jähriger Dresdner, der zusammen mit Frau und Kind an der Kundgebung teilnimmt. „Wir dürfen denen das Feld doch nicht überlassen, die nur Angst und Vorurteile gegen alles Fremde schüren.“

Manche nutzten ihre Freiheit nur, um gegen etwas zu sein, sagt Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich. „Das ist zulässig, bringt uns aber nicht weiter.“ Mitmachen sei Voraussetzung dafür, Probleme gemeinsam zu lösen und „dass Gefühl und Wirklichkeit wieder in Einklang kommen“. Ohne Pegida beim Namen zu nennen, disqualifiziert er die selbst ernannten Patrioten als Gesprächspartner: „Wer gegen alles Fremde polemisiert und Ängste gegen Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende schürt, mit dem lässt sich nicht sachlich reden.“

Doch ohne Kritik an Stadt- und Staatsführung geht die Veranstaltung auch nicht ab. „Schön, dass ihr auch schon da seid“ steht auf einem Transparent ziemlich dicht vor der Bühne, auf der Orosz

und Tillich sprechen. Seit Mitte Oktober geht Pegida in Dresden auf die Straße. Die Kundgebung vor der Frauenkirche ist die erste eigene, zu der Stadt und Freistaat aufgerufen haben. Und die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, Nora Goldenbogen, erhält besonderen Applaus der Menge, als sie nicht nur an die historische Erfahrung von Angst und Ausgrenzung erinnert, sondern auch dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ für dessen Engagement dankt.

Das Bündnis ist nicht mit dabei vor der Frauenkirche. Zum einen sind die Mitglieder im nicht weit entfernten Bautzen, weil dort zeitgleich Rechte gegen Asylbewerber auf die Straße gehen. Zum anderen ist ihr Fernbleiben Protest gegen die Bereitschaft der Regierenden, auf die Anhänger der Pegida im Dialog zuzugehen.

Auch der Superintendent von Dresden-Mitte und Pfarrer der Kreuzkirche, Christian Behr, mahnt bei der Staatsregierung mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen an und erinnert daran, dass es in Sachsen keinen Winterabschiebestopp für abgelehnte Asylbewerber aus entsprechenden Ländern gebe. Der Schlagerstar Roland Kaiser, der wohl aufgrund der ungewöhnlich großen Popularität, die er in Dresden genießt, zur Kundgebung eingeladen wurde, zeigt sich fast staatsmännisch: „Wir können die vergangenen Wochen nicht zurückdrehen, aber wir können heute anfangen, Position zu beziehen - für Mitmenschlichkeit, Weltoffenheit und für den Dialog miteinander“, ruft er der Menge zu. Am Ende Jubel.

Politiker fordern Absage der Pegida-Demonstration

zeit, 11.01.2015

Justizminister Maas und CSU-Chef Seehofer werfen den Organisatoren eine Instrumentalisierung der Pariser Attentate vor. Der Innenminister nennt die geplante Demo schäbig. Vor der für Montagabend geplanten Demonstration der islamkritischen Pegida-Bewegung in Dresden hat Justizminister Heiko Maas die Absage der Kundgebung gefordert. "Hätten die Organisatoren einen Rest von Anstand, würden sie diese Demonstrationen einfach absagen", sagte der SPD-Politiker der Bild mit Blick auf die jüngsten Anschläge in Frankreich. Die Opfer hätten es nicht verdient, "von solchen Hetzern missbraucht zu werden", sagte er. Auch CSU-Chef Horst Seehofer rief die Organisatoren dazu auf, die Demonstrationen auf absehbare Zeit abzusagen. Das sagte er in der ARD. Die Pegida-Initiatoren haben ihre Anhänger aufgerufen, im Gedenken an die Opfer von Paris am Montag Trauerflor zu tragen.

Maas nannte es "widerlich", wie die Organisatoren der Demonstrationen das Verbrechen von Paris ausschlachten wollten. "In Dresden wollen Menschen mit Trauerflor am Arm eben jener Opfer in Paris gedenken, die sie vor einer Woche noch als Lügenpresse beschimpft haben."

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière warf den Pegida-Organisatoren einen Missbrauch der Terroranschläge gegen das Satiremagazin Charlie Hebdo und einen koscheren Supermarkt vor. "Die Instrumentalisierung eines so schrecklichen Mordanschlages für die eigenen Zwecke ist schäbig", sagte der CDU-Politiker der Bild am Sonntag. "Was Pegida da betreibt, ist ein unlauteres Spiel mit Worten."

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in Hamburg, die Aufforderung in ihrer Neujahrsansprache, sich den Pegida-Demonstrationen nicht anzuschließen, gelte weiter. "Wo Hass und Vorurteile zu Hause sind, da werden wir auch keine guten Lösungen für uns alle finden", sagte sie in ihrer wöchentlichen Internet-Botschaft. Deshalb müsse sich jeder zu den Grundwerten des Landes bekennen, wozu das Recht auf Asyl für verfolgte Menschen gehöre.

Am Samstag folgten etwa 35.000 Menschen einem Aufruf der sächsischen Landesregierung und beteiligten sich an einer Kundgebung für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit in Dresden. Die Demonstration sollte ein Zeichen gegen Pegida setzen, an deren Protestmarsch sich vergangene Woche etwa 18.000 Menschen beteiligt hatten.

Laut einem Bericht Frankfurter Rundschau bemühen sich die Pegida-Veranstalter, die Gruppe zu einer festen Organisation mit eigenen Einnahmen zu machen. Das Dresdner Finanzamt prüfe den Antrag des Vereins auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Spenden an das Bündnis würden dann von der Steuer absetzbar.

Jetzt erst recht zu Pegida?

ntv, 11.01.2015, Christoph Herwartz

Der Westen ist bedroht, die Gewalt des Islamismus ist so nahe wie lange nicht mehr. Darum ist gerade jetzt nicht die Zeit, gegen Islamisierung auf die Straße zu gehen.

In Europa gibt es ein Problem mit gewaltbereiten Islamisten. In Deutschland wollte die Sauerland-Gruppe 2007 US-Einrichtungen in Deutschland attackieren. 2012 schüchterten Salafisten Demonstranten und Polizisten ein, verletzten Menschen und versuchten Anschläge. Menschen aus Deutschland ziehen im Nahen Osten in den Dschihad, einige von ihnen kehren zurück – radikalisiert und im Kampf geschult. Dass der Anschlag gegen "Charlie Hebdo" in Paris und nicht in Berlin stattfand, spielt kaum eine Rolle: Er zeigt, dass der Westen bedroht ist.

Es braucht Antworten auf diese Bedrohung. Vielleicht muss man gewaltbereite Menschen daran hindern, Deutschland zu verlassen. Vielleicht muss man sie aber auch aus dem Land ausweisen oder an der Rückreise hindern, sobald sie einmal weg sind. Das ist nur eine Debatte, die im vergangenen Jahr geführt wurde. Sie zeigt beispielhaft: Die Antworten auf terroristische Bedrohungen sind nicht leicht zu finden.

Ein Ziel haben die Terroristen schon erreicht – sie haben Angst verbreitet. Und in der Angst flüchten sich viele Menschen in einfache Antworten. Eine mögliche Antwort wäre: Wer uns bedroht, den bedrohen wir auch.

Ob es so gemeint ist, oder nicht – wer Asylbewerber unter Generalverdacht stellt, der droht. Wer nicht zwischen der Religion namens Islam und dem Fanatismus namens Islamismus unterscheidet, der droht. Wer angesichts von Flüchtlingsströmen zu Tausenden vor einer "Islamisierung" warnt, der droht. Wer auf die Probleme hinweisen möchte, die durch Zuwanderung entstehen, sollte das differenziert, ruhig und mit dem notwendigen Respekt gegenüber anderen tun.

Rechtsextreme werden Salafisten nie von ihrer Meinung abbringen können. Genauso wenig wie es Salafisten schaffen können, Rechtsextreme von ihrer Meinung abzubringen. Radikal zu werden, harte Töne gegen Muslime anzuschlagen, jetzt auf besondere Konsequenzen gegen straffällige Asylbewerber zu pochen, wird das Problem des gewalttätigen Islamismus nicht lösen, sondern höchstens verhärten. Denn es vermittelt den Muslimen, dass sie nicht dazu gehören, dass sie schon wegen ihrer Religion kein Teil der Gesellschaft sein können. Wer meint, dass er gerade jetzt mit Pegida auf die Straße gehen sollte, liegt gerade jetzt genau falsch.

AfD-Chef heißt Pegida-Demonstranten willkommen

welt, 11.01.2015, Günther Lachmann

"Alle grundgesetztreuen Bürger" sind potenzielle Wähler, sagt Bernd Lucke mit Blick auf Pegida und warnt vor Pauschalurteilen über den Islam. Im Führungsstreit schließt er seinen Rückzug nicht aus.

Die Welt: Herr Lucke, die AfD-Spitze streitet um Macht und Einfluss in der Partei, um Positionen und Inhalte. Das geht zum Teil tief ins Persönliche. Was ist los mit der AfD?

Bernd Lucke: Sie dramatisieren. Es gibt unterschiedliche Auffassungen über die künftige Führungsstruktur der Partei.

Die Welt: Das wissen wir. Aber warum wird in dieser Form gestritten?

Lucke: Zu parteiinternen Auseinandersetzungen äußere ich mich generell nur parteiintern.

Die Welt: Also gut: Sie wollen der AfD eine neue Führungsstruktur geben, die Sie als alleinigen Vorsitzenden vorsieht. Warum?

Lucke: Das ist eine Unterstellung. Ich möchte, dass die AfD künftig nur einen Vorsitzenden hat. Und die Partei ist völlig frei, wen sie als Vorsitzenden wählt. Ich habe bislang noch nicht einmal meine Bereitschaft zu einer Kandidatur erklärt.

Die Welt: Kann es sein, dass Sie gar nicht antreten?

Lucke: Das kann sein.

Die Welt: Unter welchen Umständen wäre das so?

Lucke: Das werde ich auf dem Satzungsparteitag Ende des Monats in Bremen erläutern. Dort werde ich eine persönliche Erklärung abgeben.

Die Welt: Wann wird dann der neue Vorstand gewählt?

Lucke: Vermutlich im April.

Die Welt: Warum wollen Sie die Parteiführung auf einen Vorsitzenden plus Generalsekretär verengen?

Lucke: Das will keineswegs nur ich. Das ist seit einem Jahr mehrfach von unterschiedlichen Gremien immer wieder so vorgeschlagen worden. Ein wesentlicher Grund ist, dass wir eine professionellere Führungsstruktur brauchen. Bislang haben wir ehrenamtlich, mit hohen Reibungsverlusten und teilweise wirklich stümperhaft gearbeitet.

Die Welt: Das heißt, die Dreierspitze hat sich Ihrer Ansicht nach nicht bewährt?

Lucke: So ist es. Sie hat sich nicht bewährt.

Die Welt: Warum nicht? Was ist schiefgelaufen?

Lucke: Selbst drei Sprecher, die eigentlich gut miteinander harmoniert haben, sind nicht immer einer Meinung. Die Gleichberechtigung der Sprecher wirkt dann hemmend. Außerdem ist der Arbeitsanfall in einer Partei unserer Größe unglaublich hoch und kann von einem rein ehrenamtlich arbeitenden Vorstand mit zehn oder zwölf Mitgliedern gar nicht mehr bewältigt werden.

Die Welt: Könnten Sie sich auch andere Lösungen als eine Einerspitze oder eine Dreierspitze vorstellen?

Lucke: Ich halte es für richtig, dass es nur einen Parteivorsitzenden gibt. Es ist für die Außenwirkung wichtig, dass die Vorsitzenden nicht thematisch gegeneinander ausgespielt werden können. Es ist im Innenverhältnis wichtig, wo ein hauptberuflicher Generalsekretär keine Loyalitätskonflikte haben darf, wenn mehrere gleichberechtigte Vorsitzende ihm unterschiedliche Weisungen geben.

Die Welt: Hans-Olaf Henkel spricht von "Unvernünftigen, Intoleranten und Unanständigen", die die Partei loswerden müsse. Gibt es solche Leute in der Partei?

Lucke: In welcher Organisation mit mehr als 20.000 Mitgliedern gäbe es solche Leute nicht? Und natürlich will man solche Leute nicht haben. Vernunft ist unser Grundprinzip, Toleranz und Anstand gehören zu unseren Grundwerten.

Die Welt: Offenbar zählt Henkel auch Ihren Co-Sprecher Adam dazu. Jedenfalls wünscht er sich dessen Abgang, sprich das Ende dessen politischer Karriere. Was ist das für ein Umgang miteinander?

Lucke: Noch einmal: Parteiinterne Auseinandersetzungen kommentiere ich nur parteiintern.

Die Welt: In einem Brief führender Mitglieder an Sie heißt es, Sie hätten alle jene aus der Partei verweisen wollen, die etwas gegen das Zinssystem haben und US-Banken kritisch gegenüberstehen. Stimmt das?

Lucke: Das stimmt nicht, und das wäre auch rechtlich gar nicht möglich. Richtig ist, dass ich mit meinen Sprecher-Kollegen und den stellvertretenden Sprechern in einer Botschaft an die Mitglieder klarstellen wollte, dass die AfD für die Inhalte steht, die wir in unseren Programmen beschlossen haben, und nicht für irgendwelche obskuren Verschwörungstheorien.

Die Welt: Warum behaupten dann Ihre Parteifreunde, dass Sie Leute aus der Partei drängen wollten?

Lucke: Tut mir leid, ich werde hier nicht darüber spekulieren, welche Motive diesem Brief zugrunde liegen. Die Verfasser sind gute und verdiente AfD-Vertreter, die sicherlich das Beste für die Partei wollen.

Die Welt: Zum Führungsstreit in der AfD gehört auch die unterschiedliche Beurteilung von gesellschaftlichen Bewegungen wie Pegida oder der Mahnwachenbewegung ...

Lucke: Nein, das ist nicht Teil des Führungsstreits. Die ganze AfD-Führung sieht Pegida als heterogenes und schwer einzuschätzendes Phänomen. Wir sind uns einig, dass man die Anliegen der Menschen prüfen und aufnehmen sollte, soweit sie berechtigt sind. Wir sind uns auch einig darüber, dass Toleranz und Religionsfreiheit zu den Werten des Abendlandes gehören.

Die Welt: Das klingt aber bei Alexander Gauland anders, der sagt: Die Pegida-Demonstranten sind unsere natürlichen Verbündeten. Würden auch Sie sagen, Pegida-Demonstranten sind AfD-Wähler

oder potenzielle AfD-Wähler?

Lucke: Ich betrachte eigentlich alle grundgesetztreuen Bürger als potenzielle AfD-Wähler. Pegida-Demonstranten, die unsere Anschauungen und Werte teilen, sind uns als Wähler willkommen. Pegida-Demonstranten, die das nicht tun, sollen andere Parteien wählen.

Die Welt: Pegida warnt vor einer Islamisierung Europas. Anlässlich des von Islamisten angerichteten Blutbades am Mittwoch in Paris hat die AfD vorgeschlagen, dass alle Parteien, alle Religionsgemeinschaften, alle Bürgerbewegungen gemeinsam am kommenden Montag in Dresden zu einem Trauermarsch aufrufen. Ist das nicht das bisher deutlichste Bekenntnis der AfD zu Pegida?

Lucke: Das ist kein Bekenntnis zu Pegida. Das ist ein Aufruf zur gemeinsamen Trauer für die Opfer von Paris. Es ist ein Aufruf dazu, dass wir angesichts der schrecklichen Mordtat die Spaltungen, die sich in unserer Gesellschaft auftun, überwinden sollten und uns auf unsere gemeinsamen Werte besinnen sollen.

Wäre es nicht eine eindrucksvolle Geste, wenn Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen, darunter Vertreter von Muslimen und Vertreter von Pegida, gemeinsam um die Toten trauern würden? Und vielleicht nachher auch alle einmal unvoreingenommen miteinander sprechen würden?

Die Welt: Warum laden Sie nicht nach Berlin ein?

Lucke: Weil wir ja gerade nicht ausgrenzen wollen. Wir wollen Gräben zuschütten, nicht Wälle aufwerfen. Und warum, bitte, sollen Pegida-Demonstranten von der Trauer um die Toten von Paris ausgeschlossen werden?

Die Welt: Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen ist es immer wieder zu gewaltsamen Protesten und Mordanschlägen gekommen. Passen Islam und Meinungsfreiheit nicht zusammen?

Lucke: Ich wehre mich entschieden gegen eine pauschale Verurteilung einer großen Religionsgemeinschaft. Ich bin für religiöse Toleranz und kenne viele Muslime, die die Meinungsfreiheit uneingeschränkt bejahen. Mein Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament ist ein gläubiger Muslim, der bewusst die Mohammed-Karikaturen jenes dänischen Karikaturisten in seinem Büro aufgehängt hat, nachdem dieser von religiösen Fanatikern angegriffen worden war.

Für die westliche Welt muss unverrückbar feststehen, dass Gewalttätigkeit und Intoleranz hier nichts zu suchen haben – und deshalb kann auch die Reaktion des Westens auf das Blutbad in Paris nicht darin bestehen, dass der Westen zur Intoleranz zurückkehrt.

Die Welt: Vor den Kriegen in der islamischen Welt fliehen viele Menschen nach Europa. Wie gut ist Deutschland darauf vorbereitet?

Lucke: Es ist offenkundig, dass die Kommunen große Schwierigkeiten haben, die Flüchtlinge angemessen unterzubringen. Ich glaube, dass wir mit unserer Hilfe nur einen sehr kleinen Teil der tatsächlich hilfebedürftigen Menschen erreichen. Denn weit über zehn Millionen Menschen brauchen Hilfe. Und in dieser Größenordnung können Flüchtlinge nicht in Europa integriert werden. Dazu müssen Lösungen und Integrationskonzepte in den Nachbarländern der Konfliktregionen geschaffen werden.

Die Welt: Wie soll das geschehen?

Lucke: Was arabische Flüchtlinge betrifft, sind alle arabischen Länder gefordert, bei kurdischen Flüchtlingen Länder mit kurdischen Bevölkerungsgruppen. Wichtig ist, dass die Flüchtlinge wirklich integriert werden und nicht einfach nur jahrelang in Lager zusammengepfercht werden. Sie müssen möglichst bald wieder wirtschaftlich Fuß fassen können.

Integrationspolitik muss mit Wirtschaftsförderung verbunden werden, und an den Lasten, die den aufnehmenden Ländern entstehen, sollten sich alle Staaten beteiligen, die sich der Menschlichkeit verpflichtet fühlen. Integration kann schnell erfolgreich sein, wenn die Flüchtlinge die Landessprache schon sprechen. Denken Sie an die erfolgreiche Eingliederung, die Deutschland nach 1945 mit Millionen Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten gelungen ist.

Die Welt: Nach wie vor ist die Russland-Frage in der AfD ungelöst. Alexander Gauland wirbt um Verständnis für die russischen Bedürfnisse, Sie haben der Vorbereitung von Sanktionen im EU-Parlament zugestimmt. Kann sich eine Partei einen so tiefgreifenden Dissens leisten?

Lucke: Wir sind uns einiger, als Sie denken. Gauland und ich sind uns einig, dass die Annexion der Krim völkerrechtswidrig war. Dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren ist. Dass nationale Minderheiten das Recht haben, in einer freien und fairen Volksabstimmung eine Sezession zu verlangen. Und wir sind uns einig, dass Deutschland Teil der Nato sein soll. Das sind, glaube ich, eine ganze Menge Gemeinsamkeiten.

Die Welt: Die öffentliche Wahrnehmung ist eine andere. Auch zum Freihandelsabkommen mit den USA scheint die AfD völlig zerstritten.

Lucke: Stimmt nicht. Es gibt einfach viele Aufgeregtheiten, die unberechtigt sind, weil das Vertragswerk ja noch gar nicht vorliegt. Ich selbst habe mir noch keine abschließende Meinung über das Abkommen gebildet. Die AfD ist grundsätzlich für freien Handel, weil er Wirtschaftswachstum und Wohlstand begünstigt. Gleichzeitig sind wir gegen eine Einschränkung nationaler Hoheitsrechte durch die geplanten supranationalen Schiedsgerichte.

Die Welt: Das klingt eher, als seien auch Sie dagegen ...

Lucke: Wogegen? Die Verhandlungen über Schiedsgerichte wurden von der EU auf Eis gelegt. Viele regulatorische Vereinbarungen sind noch nicht bekannt oder noch nicht verhandelt. Ich bin für freien Handel, aber ich muss die Bestimmungen kennen, bevor ich weiß, wie ich zu TTIP stehe.

Die Welt: Die Wahlkämpfe in Ostdeutschland haben andere Themen auf der AfD-Agenda nach oben geschoben wie die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Hat das die Partei beeinflusst oder gar verändert?

Lucke: Nein. Wir waren nie eine Ein-Themen-Partei. Aber manche Medien wollten uns gerne so sehen. Aber dann mussten sie über uns in den Landtagswahlkämpfen berichten, und da fiel ihnen plötzlich auf, dass wir auch zu innerer Sicherheit, zur Familienpolitik und zur Bildungspolitik was zu sagen haben.

Die Welt: Also Alexander Gauland sagt immer wieder, die AfD sei eine nationalliberale Partei geworden. Hat er recht?

Lucke: Es gibt eine nationalliberale Strömung. Aber sie kennzeichnet nicht die ganze Partei. Es gibt auch konservative, liberale, libertäre, soziale und christliche Strömungen. Gemeinsam ist uns allen, dass wir eine stärkere Wertorientierung in der Politik durchsetzen möchten.

Die Welt: Ist die AfD patriotisch?

Lucke: Mir persönlich ist das Wort zu pathetisch. Die AfD setzt sich für eine Politik zum Wohle des deutschen Wählers ein. Wenn Sie das patriotisch nennen wollen, dann wären wir patriotisch.

Die Welt: Wo sehen Sie die künftigen Wähler der AfD?

Lucke: Das sind vor allem Menschen, die sich von den Altparteien abwenden, weil sie sie als inhaltsleer und opportunistisch empfinden. Es sind Menschen aus der Mitte des Bürgertums, die eine wertorientierte Politik vermissen und bei uns finden.

Vorauselende Pegida-Schelte hilft nur der AfD

welt, 11.01.2015, Ulrich Clauß

Bundesminister werfen Pegida den "Missbrauch" des Pariser Massakers vor – Tage bevor die Islam-Kritiker ihre Lesart der Geschehnisse auf die Straße tragen. Der blinde Alarm hat nur einen Nutznießer.

Missbrauchsvorwürfe sind im politischen Kampf eine schwierig zu handhabende Waffe. Das liegt an der Rückstoßwirkung. Wenn es schlecht läuft, ist diese nämlich weit größer als der ursprünglich angestrebte Effekt. So kann ein ins Blaue gesetzter Missbrauchsvorwurf verpuffen, an seinem Ausgangspunkt aber verheerende Wirkung zeitigen.

In der Politik heißt es dann: "Das Ding kommt zurück." Justizminister Heiko Maas (SPD) könnte es bald so ergehen. Die Toten von Paris waren noch nicht gezählt, da beklagte er schon den "Missbrauch" der Geschehnisse durch die islamkritische Pegida-Bewegung. Ein putativer Missbrauchsvorwurf sozusagen, den er am Sonntag sogar um die Forderung nach Absage der montäglichen Pegida-Demonstration erweiterte.

Auch Innenminister Thomas de Maizière (CDU) übte sich am Wochenende in dieser politischen Kunstfigur – obwohl er wie auch sein Kabinettskollege Maas nicht wissen konnte, wie sich die Pegida-Bewegung am Montag in Dresden und vielleicht auch anderswo aufführen würde. Was ist, wenn Pegida nun nicht den ministeriellen Missbrauchsprognosen folgt und statt in Missbrauch sich in würdig getragener Trauer ergeht, diesmal also auf schrille Töne verzichtet?

Fehlender Ernst angesichts der Bedrohung

Dann würden zum einen gleich zwei Bundesminister als blinde Alarmisten dastehen. Zum anderen könnte sich die AfD die Hände reiben. Zumindest jener Teil der AfD, der mithilfe der Pegida-Gefolgschaft eben jene Schwungmasse zu erreichen sucht, die das Euro-Thema nicht mehr hergibt – zumal im Flügelstreit gegen die Lucke-Fraktion neues Fußvolk gebraucht wird.

Der Kollateralschaden der bundesministeriellen Missbrauchskanonaden wäre dann also auch noch, dass die gegebenenfalls zu Unrecht gescholtenen Pegida-Bewegten der AfD geradezu in die Arme getrieben worden wären. Viel mehr Schaden kann man mit einer einzelnen Mutmaßung kaum anrichten. Vom fehlenden Ernst angesichts der tatsächlichen Bedrohungslage durch den Islamismus ganz zu schweigen.

Pegida, was ist das eigentlich?

stuttgarter-zeitung, 11.01.2015, Paul

Unter dem Namen Pegida demonstrieren seit Oktober 2014 sehr viele Menschen jede Woche gegen Ausländer und gegen viele Politiker. Viele von ihnen haben Angst, dass Ausländer ihnen die Jobs wegnehmen könnten oder sind einfach enttäuscht von Politikern. Sie finden, dass man sich mehr um sie kümmern müsste.

Hast Du das Wort Pegida auch schon mal gehört und Dich gefragt, was das überhaupt ist? Pegida ist eine Abkürzung und heißt: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Jemand, der patriotisch ist, liebt seine Heimat. Als Abendland wurde früher das westliche Europa bezeichnet. Gegen Islamisierung soll heißen, dass weniger Ausländer, insbesondere Muslime, die der Religion des Islam angehören, nach Deutschland kommen sollen. Das sind einige Parolen, die die Menschen unter dem Namen Pegida jede Woche auf der Straße rufen.

Angefangen hat alles in Dresden. Seit Oktober im vergangenen Jahr gehen jede Woche viele Menschen deswegen demonstrieren. Aber inzwischen hat sich eine Gegenbewegung zusammengefunden. Diese Menschen wollen zeigen, dass es nur wenige gibt, die Pegida gut finden, aber viel mehr Leute, die Ausländer in Deutschland willkommen heißen und gerne mit ihnen zusammen leben. Mittlerweile gibt es viel mehr Gegner von Pegida als Unterstützer. In manchen Städten – wie jetzt in Stuttgart – gibt es sogar nur Demonstrationen gegen Pegida und gar keine dafür.

Warum es aber eine Pegida-Bewegung gibt, hat verschiedene Gründe. Manche Menschen sind einfach unzufrieden, weil sie keine Arbeit haben oder nur sehr wenig Geld verdienen. Sie haben Angst, dass Ihnen die Ausländer die Jobs wegnehmen. Andere Pegida-Anhänger finden, dass die Politiker sich nicht genug um ihre Sorgen kümmern und sind enttäuscht.

100.000 Menschen gegen Pegida auf der Straße

neues-deutschland, 12.01.2015

400.000 unterschreiben Petition gegen Pegida / Kölner Polizei verbietet Kögida-Demo / Maas zu Pegida-Mitläufern: Ihr seid Heuchler / Karikaturisten sagen mit Flugblatt: »Pegida, verschwinde!«

Zehntausende Menschen sind am Montagabend in ganz Deutschland auf die Straße gegangen, um für Weltoffenheit, ein friedliches Zusammenleben der Religionen und gegen das Anti-Islam-Bündnis Pegida zu demonstrieren. Der Stand bis zum Abend im Newsblog zum Nachlesen.

Update 22.00 Uhr: Als Reaktion auf die Terroranschläge in Paris haben in vielen deutschen Städten Zehntausende Menschen für ein friedliches Zusammenleben der Religionen demonstriert. Der Protest richtete sich gegen die islamfeindliche Pegida-Bewegung. Die größten Kundgebungen gab es am Montagabend in Leipzig, München und Hannover. Bundesweit nahmen nach Schätzungen insgesamt etwa 100.000 Menschen an den Kundgebungen teil.

Update 22.00 Uhr: Die Anti-Islam-Bewegung Pegida hat in Dresden weiter Zulauf. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich am Montag etwa 25.000 Menschen am zwölften sogenannten Abendspaziergang, um gegen eine angebliche Überfremdung zu demonstrieren. Die Organisatoren behaupteten, es seien 40.000 Teilnehmer gekommen. Am Rande des Demonstrationzugs gab es

einzelne Blockadeversuche von Pegida-Gegnern. Mehr als 7000 Menschen demonstrierten gegen Pegida.

Aus Leipzig meldet die Polizei 4.800 Teilnehmer am islamfeindlichen Pegida-Aufmarsch; rund 30.000 Menschen demonstrierten dagegen.

Update 20.45 Uhr: Ein Demonstrationzug des rechten Berliner Pegida-Ablegers Bärpida ist am Montagabend anders als geplant wieder zum Ausgangsort am Brandenburger Tor zurückgekehrt. Das teilte ein Polizeisprecher mit. Grund dafür waren offensichtlich mehrere hundert Gegendemonstranten, die die Straße Unter den Linden auf Höhe der Glinkastraße blockiert hatten. Die rund 400 Bärpida-Anhänger gingen jedenfalls nach gut 500 Metern Wegstrecke zurück zum Brandenburger Tor. Eigentlich wollten sie bis zum Roten Rathaus marschieren, um dort eine Abschlusskundgebung abzuhalten.

Update 20.40 Uhr: In Dresden sind erneut Tausende der rechten Pegida-Bewegung gefolgt. Beobachter gingen nach ersten groben Schätzungen von einer ähnlichen Dimension wie bei den letzten drei Veranstaltungen aus. Damals waren weit mehr als 15.000 Menschen dem Aufruf des Vereins »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« gefolgt.

Update 20.40 Uhr: Etwa 9000 Menschen haben am Montagabend in Saarbrücken an einer Demonstration gegen die islamfeindliche Pegida-Bewegung teilgenommen. Anlass war der erste Aufruf von Saarpida, dem saarländischen Pegida-Ableger. Zu deren Kundgebung kamen nach Polizeiangaben zwischen 200 und 300 Menschen.

Update 20.15 Uhr: Rund zwei Dutzend Demonstranten haben vor der deutschen Botschaft in London gegen islamfeindliche Kundgebungen, Rassismus und Faschismus demonstriert. Über ein Megaphon bekundeten die Demonstranten Solidarität mit den Kundgebungen gegen die Pegida-Bewegung in Deutschland. Zu der Versammlung am Montagabend hatte die antifaschistische Organisation »Unite Against Fascism« aufgerufen. Einige Meter weiter protestierten etwa ebenso viele Menschen gegen die Demonstration - darunter Mitglieder der rechten Gruppe »English Defence League«.

Update 20 Uhr: In Leipzig sind nach Angaben der Veranstalter rund 35.000 gegen den örtlichen Pegida-Ableger auf der Straße. Die Stadt sprach von 30.000 Demonstranten.

Update 19.50 Uhr: Neue Zahlen aus Berlin - dort demonstrieren rund 4000 Menschen gegen die rechte Pegida-Bewegung. Diese Zahl nannte ein Polizeisprecher am Montagabend. Die Demonstranten zogen vom Bundeskanzleramt zunächst zum Brandenburger Tor. Auf der anderen Seite des Berliner Wahrzeichens versammelten sich etwa 400 Anhänger des Berliner Pegida-Ablegers Bärpida

Update 19.50 Uhr: Gegendemonstranten haben am Montag in Dresden den Pegida-Aufmarsch nach wenigen Metern kurzzeitig gestoppt. Gut 120 Jugendliche blockierten sitzend die Straße und brachten den Zug mit mehreren tausend Anhängern der rechten Bewegung in Sichtweite für einige Minuten zum Stehen. In die Blockade reihten sich nach und nach immer mehr Menschen mit »refugees welcome«-Rufen unter. Der Pegida-Aufmarsch wurde kurzfristig umgeleitet.

Update 19.45 Uhr: Auch in Saarbrücken demonstrieren Tausende gegen Pegida. Etwa 9000 Menschen haben am Montagabend an einer Demonstration gegen die Pegida-Bewegung teilgenommen. Anlass war der erste Aufruf von Saarpida, dem saarländischen Pegida-Ableger. Zu deren Kundgebung kamen nach Polizeiangaben zwischen 200 und 300 Menschen. Zur Protestdemonstration gegen Saarpida hatte unter dem Motto »Bunt statt braun« ein breites

Aktionsbündnis von Gewerkschaften, Kirchen und Parteien aufgerufen. Darunter war auch die türkisch-islamische Gemeinde. Das gesamte saarländische Kabinett beteiligte sich an der Demonstration. Zu Beginn der Großdemonstration legten die Teilnehmer eine Schweigeminute für die Opfer der Terroranschläge von Paris ein. Redner der Abschlusskundgebung sprachen von einem eindrucksvollen Zeichen für ein tolerantes und vielfältiges Saarland. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) sowie ihre Stellvertreterin Anke Rehlinger (SPD) riefen dazu auf, dieses Signal tagtäglich umzusetzen.

Update 19.45 Uhr: Auch in Villingen-Schwenningen gibt es an diesem Montag einen Pegida-Aufmarsch. Dagegen werden von vor Ort aber Proteste von Antifaschisten gemeldet.

Update 19.45 Uhr: In Düsseldorf demonstrieren laut Polizei 5000 bis 6000 Menschen gegen Pegida.

Update 19.40 Uhr: In Hannover demonstrieren laut Polizei rund 17.000 Menschen gegen Pegida - der dortige Ableger der rechten Bewegung hat 450 Menschen versammelt - ihr Aufmarsch wurde inzwischen aufgelöst.

Update 19.35 Uhr: Rund 1200 Menschen haben am Montagabend in Würzburg gegen Fremdenfeindlichkeit demonstriert. »Es ist ein starkes Zeichen. Der Marktplatz ist voll mit Menschen, die für ihre Demokratie auf die Straße gehen«, sagte Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt (CDU). »Fremdenfeindlichkeit, in welchem Gewand sie auch daherkommt, wird in unserer Stadt nicht geduldet!« Die Teilnehmer waren nach einer Schweigeminute für die Opfer der Anschläge auf die Satirezeitschrift »Charlie Hebdo« vom Bahnhof durch die Innenstadt zum Marktplatz gezogen. Viele hielten große Buntstifte in die Höhe, pusteten Seifenblasen in die Luft und trugen Schilder mit der Aufschrift »Je suis Charlie«. Vor dem Dom hielten die Kirchen zudem eine gemeinsame Mahnwache ab. Für den Abend hatte der Würzburger Ableger der rechten Bewegung Pegida zu einer Demonstration aufgerufen. Zeitgleich wollte die Stadt die Beleuchtung der Festung Marienberg und des Rathauses abschalten, um der Demonstration keine Kulisse zu bieten. Die Neubaukirche, Endpunkt der Demo mit dem Motto »Ein Meer aus Fahnen bricht sich Bahnen«, wurde bereits am frühen Abend verdunkelt.

Update 19.30 Uhr: Etwa 750 Menschen beteiligen sich in Suhl an einer Demonstration gegen die erste Aktion eines Pegida-Ablegers in Thüringen. Sie sei sehr zufrieden, dass so viele Menschen dem Aufruf eines Bündnisses aus Parteien, Verbänden und Kirchen gefolgt seien, sagte Thüringens Vize-Regierungschefin Heike Taubert (SPD) am Montag. Sie kam zusammen mit anderen Mitgliedern der rot-rot-grünen Landesregierung zu der Protestaktion unter dem Motto »Südthüringen bleibt bunt«. Zu der Kundgebung des Pegida-Ablegers Sügida kamen nach Polizeiangaben etwa 500 bis 600 Teilnehmer.

Update 19.25 Uhr: In Dresden haben sich am Montagabend erneut Tausende Menschen an einer Demonstration der rechten Pegida-Bewegung beteiligt. Die Polizei machte zunächst keine Angaben zur Teilnehmerzahl der zwölften Pegida-Kundgebung in Dresden. Beobachter gingen nach ersten groben Schätzungen von einer ähnlichen Dimension wie bei den letzten drei Veranstaltungen aus, als mehr als 15 000 Menschen dem Aufruf der Bewegung »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) gefolgt waren. Trotz der Ankündigung, mit Blick auf die Terroropfer von Paris mit Trauerflor aufzumarschieren, waren nur wenige Deutschlandfahnen mit schwarzen Bändern zu sehen. Zuvor beteiligten sich Hunderte Menschen an zwei Gegenveranstaltungen des Bündnisses »Nazifrei«.

Update 19.20 Uhr: Der erste Aufzug der rechten Legida-Bewegung in Leipzig ist am Montagabend von Gegendemonstranten blockiert worden. Die Legida-Anhänger konnten sich nicht in Bewegung setzen, wie ein Polizeisprecher sagte. Die Beamten, die mit mehreren Hundertschaften in der Stadt vertreten waren, versuchten die Demos zu trennen. Die Legida-Gegner waren ersten Schätzungen

zufolge deutlich in der Überzahl. Allein 2.500 Besucher waren laut Stadt zum Friedensgebet in die Nikolaikirche gekommen, davor hatten sich Tausende weitere Menschen versammelt. Genaue Zahlen konnte die Polizei aber noch nicht nennen.

Update 19.15 Uhr: In Mecklenburg-Vorpommern haben am Montagabend an mehreren Orten Schätzungen zufolge knapp 3.000 Menschen gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz demonstriert. Die meisten Demonstranten waren in Rostock unterwegs. Dort wandten sich nach Veranstalterangaben etwa 2.000 Menschen bei zwei Demonstrationen und einer Andacht in der Marienkirche gegen die Pegida-Bewegung. In Schwerin demonstrierten rund 600 Menschen für ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern und ein friedliches Miteinander, in Stralsund waren es etwa 400. Gegendemonstranten stoppten hier bereits nach wenigen Metern mit einer Sitzblockade den Pegida-Ableger gestoppt. Die nach Polizeiangaben rund 400 Gegendemonstranten umzingelten die etwa 250 Mvgida-Anhänger vor einem Geschäftskomplex am Bahnhof. Bereits vor Beginn eines Abendspaziergangs der Mvgida waren die rund 400 Demonstranten gegen Ausgrenzung und für Toleranz auf die Straße gegangen. Stralsund stehe für Offenheit und Toleranz, sagte die Stralsunder Bundestagsabgeordnete Sonja Steffen (SPD). »Pegida, verschwinde, Stralsund braucht euch nicht!« In der Rostocker Marienkirche kamen Schätzungen zufolge knapp 1.000 Menschen bei einer interreligiösen Begegnung mit Teilnehmern aus der christlichen, islamischen und jüdischen Gemeinde sowie aus dem Rostocker Bahai-Zentrum zusammen. Der Intendant des Volkstheaters, Sewan Latchinian, drückte seine Freude darüber aus, dass es Rogida nicht gelungen sei, in Rostock eine Demonstration zu organisieren. »Vielleicht konnten wir sie sogar nachhaltig verjagen. Ich hoffe, es bleibt so.«

Update 19.00 Uhr: Dem Aufruf zu der Kundgebung »Südthüringen bleibt bunt« in Suhl folgten nach Polizeiangaben etwa 550 bis 600 Menschen, darunter mehrere Minister und Staatssekretäre der rot-rot-grünen Landesregierung. Die Zahl der »Sügida«-Teilnehmer wurde mit rund 250 angegeben.

Update 18.30 Uhr: Aus Solidarität mit den Protesten gegen die erste Kundgebung des Pegida-Ablegers Legida ist das Leipziger Völkerschlachtdenkmal am Montag dunkel gelieben. »Das Licht bleibt die ganze Nacht aus«, sagte eine Rathaussprecherin über das berühmte Wahrzeichen. Zur Demo des Leipziger Pegida-Ablegers waren auch am Stadion die Lampen nicht angeschaltet worden. Zudem löschten viele Bürger in der Innenstadt das Licht in ihren Wohnungen.

Update 18.25 Uhr: In Suhl haben sich Hunderte versammelt, um gegen einen dortigen Aufmarsch von Rechtsradikalen zu protestieren. Mehrere Gruppen von Neonazis sollen in der Stadt unterwegs sein, hieß es von vor Ort. Der Sügida genannte Ableger der Pegida-Bewegung wird bereits vom Verfassungsschutz beobachtet.

Update 18.20 Uhr: Am Aufmarsch der so genannten Bärgida-Bewegung in Berlin nehmen laut Informationen von vor Ort allenfalls 80 Menschen teil - bei der Demonstration gegen Rassismus und Islamophobie sind dagegen inzwischen rund 3.000 Teilnehmer gezählt worden.

Update 18.20 Uhr: In München sind die Zahlen nach oben korrigiert worden: 20.000 Menschen demonstrieren zur Stunde gegen die Pegida-Bewegung und gedenken der Opfer der Terrorattacken in Paris gedacht. »Wir stehen hier, weil wir das Feld nicht denen überlassen wollen, die versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten«, sagte der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bei der Kundgebung. »Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt.« Bereits zwei Tage vor Weihnachten waren mindestens 12 000 Menschen in München gegen Pegida auf die Straße gegangen, die Veranstalter sprachen damals sogar von doppelt so vielen Teilnehmern.

Update 18 Uhr: Rund eine Stunde vor Beginn des ersten Protestes des Pegida-Ablegers »Mvgida« in Stralsund haben am Montagabend rund 400 Menschen gegen Ausgrenzung und für Toleranz demonstriert. Stralsund stehe für Offenheit und Toleranz, sagte die Stralsunder Bundestagsabgeordnete Sonja Steffen (SPD). »Pegida, verschwinde, Stralsund braucht euch nicht!« Der Pegida-Ableger will mit einem Abendspaziergang durch die Innenstadt gegen eine angebliche Islamisierung demonstrieren. Ein Bündnis von Vereinen, Verbänden und Parteien will mit Aktionen ein Zeichen für Toleranz setzen. Die Stralsunder Kirchengemeinden haben zu einem gemeinsamen Friedensgebet geladen.

Update 17.55 Uhr: 12.000 Menschen haben am Montagabend in München gegen die Anti-Islam-Bewegung Pegida demonstriert. »Wir stehen hier, weil wir das Feld nicht denen überlassen wollen, die versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten«, sagte der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bei der Kundgebung. Rund 800 Polizeibeamte waren rund um das Sendlinger Tor in der Münchner Innenstadt im Einsatz. Anschließend war eine Demonstration des bayerischen Ablegers der Pegida - namens Bagida - geplant. Diese war für 300 Teilnehmer angemeldet.

Update 17.45 Uhr: Vor Kundgebungen der Pegida-Bewegung haben sich in mehreren Städten bereits Tausende Gegendemonstranten versammelt. In Leipzig protestierten am Montagnachmittag nach Polizeiangaben rund 4.600 Menschen gegen den ersten Aufmarsch von Legida. In Dresden folgten dem Aufruf des Bündnisses »Dresden Nazifrei« zunächst einige hundert Menschen. Dort hat Pegida für den Abend zu einem Trauermarsch für die Opfer des islamistischen Terrors von Paris aufgerufen. Aus München wurde gemeldet, dass mindestens 12.000 Menschen gegen Pegida demonstrieren.

Update 17.30 Uhr: Rund 700 Menschen haben sich am Montagnachmittag vor dem Bundeskanzleramt in Berlin zu einer Demonstration gegen die islamfeindliche Pegida-Bewegung versammelt. Die Protestierenden wollten zum drei Kilometer entfernten Roten Rathaus ziehen, wie die Polizei mitteilte. Für 18.30 Uhr hatte der rechtspopulistische Berliner Pegida-Ableger Bärigida (»Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes«) zu einer Demonstration aufgerufen. Startpunkt war das Brandenburger Tor, Ziel ebenfalls das Rote Rathaus. Für die beiden Demonstrationzüge waren parallel verlaufende Routen geplant. Am Roten Rathaus wollten Bärigida und ihre Gegner getrennt Kundgebungen abhalten. Rund 900 Polizisten waren im Einsatz, um die beiden Veranstaltungen zu begleiten.

Update 17.20 Uhr: Die islamfeindliche Bewegung Pegida hat sich offenbar von Deutschland auf die Schweiz ausgebreitet. Im sozialen Netzwerk Facebook wurde am Montag für den 16. Februar zu einer Pegida-Demonstration in der Schweiz aufgerufen, der Ort der Kundgebung wurde noch nicht mitgeteilt. Die Jugendbewegung der Schweizer Grünen rief zu einer Gegenkundgebung auf.

Der Pegida-Aufruf, der bereits am Freitag bei Facebook eingestellt wurde, fand bis Montag knapp 3400 Unterstützer. Die Seite stellt ein 14-Punkte-Programm vor, das sich unter anderem gegen das Tragen des Ganzkörperschleiers Burka in der Schweiz sowie gegen Imame in Schulen wendet. Außerdem wird eine strikte Beschränkung der Einwanderung und die Abschiebung krimineller Ausländer gefordert.

Pegida Schweiz agiert weitgehend anonym. Von dem etwa zwölfköpfigen Organisationskomitee ist nur der Sprecher namentlich bekannt. Es handelt sich um Ignaz Bearth, den Chef der Direktdemokratischen Partei Schweiz, einer kleinen Partei, die Verbindungen zur rechtsextremen Front National in Frankreich unterhält. Zuvor gehörte Bearth der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) an.

Update 17.05 Uhr: Das Kölner Polizeipräsidium hat den für Mittwoch geplanten Marsch des Kölner

Pegida-Ablegers »Kögida« zunächst verboten, berichtet der Kölner Stadtanzeiger. Nach Informationen der Zeitung die Anmelderin der Demonstration, die Ehefrau eines Pro-NRW-Mitglieds beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage gegen die Entscheidung eingereicht. Zur ersten Versammlung in Köln hüllte sich die Domstadt am vergangenen Montagabend weitgehend in Schwarz. Die Rheinbrücken, Teile des bekannten Altstadtpanoramas am Flußufer und andere historische Gebäude lagen im Dunkeln. Auch die Außenbeleuchtung des Kölner Doms wurde abgeschaltet.

Update 16.50 Uhr: Mehr als 405.000 Menschen haben sich bisher an einer Unterschriftenaktion im Internet gegen das islamfeindliche Pegida-Bündnis beteiligt. Unter der Überschrift »Für ein buntes Deutschland« sammelt der Organisator Karl Lempert aus Hannover auf der Plattform »change.org« seit dem 23. Dezember Unterschriften. Das Ziel: eine Million Unterstützer.

Auch die Organisationen Campact und Pro Asyl haben im Internet zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen. Mehr als 168 000 unterzeichneten den Appell »Wir sind Charlie - Wir sind nicht Pegida«. Damit soll gegen eine Instrumentalisierung der Terroranschläge von Paris auf den Pegida-Demonstrationen aufmerksam gemacht werden.

Auf der Plattform »change.org« gibt es auch eine Unterschriftensammlung zugunsten des Pegida-Bündnisses. Die am 29. Dezember gestartete Petition verzeichnete bislang 1449 Unterstützer.

Update 15.00 Uhr: Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat alle gesellschaftlichen Gruppen aufgerufen, Flagge für ein freies und offenes Land zu zeigen. Nach den Anschlägen von Paris müssten gemeinsame Werte wie Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit verteidigt werden, sagte Kraft am Montag vor der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland in Bad Neuenahr. »Paris ist nicht weit weg«, fügte sie hinzu und verwies auf Anschläge auf die Wuppertaler Synagoge und die Moschee in Bad Salzuflen.

Scharfe Kritik äußerte die SPD-Politikerin an den Kundgebungen der islamfeindlichen »Pegida«-Bewegung. Sie sei froh und stolz, »dass diese selbst ernannten Abendlandretter bei uns in NRW nur wenig Resonanz gefunden haben«. Es sei wichtig, dass die Zahl der Gegendemonstranten auch künftig höher sei als die Zahl der »Pegida«-Anhänger, damit diese Bewegung nicht behaupten könne, sie sei das Volk.

In ihrem Grußwort hob Kraft die Bedeutung der Religionsfreiheit hervor und zitierte aus Artikel 4 des Grundgesetzes: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.« Die NRW-Ministerpräsidentin betonte, sie wünsche sich, diese Sätze würden alle kennen und ernst nehmen, die in Dresden und anderen Städten gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes protestieren.

Update 14.00 Uhr: Nach heftiger Kritik hat die Stadt Leipzig am Montag ein Verbot des Zeigens von Mohammed-Karikaturen auf der für den Abend geplanten islamfeindlichen »Legida«-Demonstration wieder aufgehoben. Die Meinungsfreiheit sei ein sehr hohes Gut und vor dem Hintergrund der Anschläge von Paris könne sie nicht hoch genug eingeordnet werden, erklärte Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) am Montag in der Messestadt. Deshalb sei das Verbot von Mohammed-Karikaturen letztlich doch aufgehoben worden.

Die Auflage, dass Mohammed-Karikaturen von »Legida« nicht gezeigt werden dürfen, sei am Freitag einvernehmlich mit dem Veranstalter der Demonstration und der Polizei aus Sicherheitsgründen erlassen worden. Die Initiatoren des »Legida«-Aufzuges hatten am Sonntag die Demonstrationsauflagen des Leipziger Ordnungsamtes in das Internet gestellt. Darin hieß es, »das

Zeigen sogenannter Mohammed-Karikaturen sowie anderer den Islam oder andere Religionen beschimpfender oder böswillig verunglimpfender Plakate, Transparente, Banner« sei untersagt.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hatte das Verbot am Montag heftig kritisiert und als einen Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit bezeichnet. Damit habe die Stadt Leipzig ihre Kompetenzen überschritten, sagte der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken in Berlin. »Es ist nicht Aufgabe eines Ordnungsamts, über die Zulässigkeit von Mitteln der Satire zu entscheiden.« Dabei sei es unerheblich, ob die Mohammed-Karikaturen von den Islam-Gegnern der örtlichen »Legida«-Bewegung benutzt werden sollten. Die Stadtverwaltung dürfe nicht die Verfassung »nach Gutdünken auslegen«.

Update 11.32 Uhr: Mit ihrem Trauermarsch für die Opfer des Terrors von Paris hat die Protestbewegung Pegida neue Kritik auf sich gezogen. Dass ausgerechnet diese Bewegung, die bei ihren Veranstaltungen regelmäßig über »die Lügenpresse« rede, jetzt die Karikaturisten von »Charlie Hebdo« ehren wolle, sei »geradezu abenteuerlich«, sagte der Co-Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, am Montag dem Nachrichtensender n-tv.

Die Alternative für Deutschland (AfD) stellte sich erneut schützend vor die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). Die Vorsitzende der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag, Frauke Petry, sagte dem Fernsehsender Phoenix: »Ihnen per se zu unterstellen, sie seien fremdenfeindlich und rassistisch, halte ich für nicht legitim.«

Maas zu Pegida-Mitläufern: Ihr seid Heuchler

Berlin. Erneut wollen am Montag Anhänger der rechten Pegida-Bewegung aufmarschieren. In Dresden wollen sie nach den Anschlägen in Paris mit Trauerflor erscheinen. In der Politik stieß das auf Kritik. CSU-Chef Seehofer plädierte im ARD-Fernsehen dafür, die Pegida-Aktionen bis auf weiteres auszusetzen. Bundesjustizminister Heiko Maas sagte am Morgen im Deutschlandfunk, es sei Heuchelei, wenn Menschen, die gerade noch gegen die »Lügenpresse« Front gemacht haben, sich nun als Anhänger der Pressefreiheit inszenierten. Wörtlich sagte der SPD-Politiker: »Ihr seid Heuchler.« Er wolle den Mitläufern sagen: »Bleibt besser zu Hause.«

Maas hatte schon zuvor die Pegida-Organisatoren aufgefordert, ihre für Montag geplante Demonstration abzusagen. »Hätten die Organisatoren einen Rest von Anstand würden sie diese Demonstrationen einfach absagen. Die Opfer haben es nicht verdient, von solchen Hetzern missbraucht zu werden«, sagte er der »Bild«-Zeitung.

Unterdessen haben französische und frankophone Karikaturisten am Sonntag ein Flugblatt mit dem Titel »Pegida, verschwinde!« veröffentlicht. »Wir lehnen es ab, dass Pegida das Gedenken an unsere Kollegen vereinnahmt«, sagte ein Mitorganisator mit Blick auf den in Dresden geplanten Marsch mit Trauerflor.

Derweil hat der Islamwissenschaftler Bassam Tibi erklärt, die Pegida-Bewegung unterstütze den Islamismus. Die Aufmärsche und Forderungen grenzten Muslime aus, sagte er im Deutschlandfunk, und mache sie dadurch anfällig für extremistische Strömungen.

In vielen Städten sind Gegenaktionen gegen Pegida geplant. Dabei wollen Bürger für Weltoffenheit eintreten und gegen Rassismus und Islamophobie protestieren. Auch gehe es darum, ein Zeichen gegen die Instrumentalisierung der Terroranschläge von Paris zu setzen. Anti-Pegida-Demos sind unter anderem in Hannover, Düsseldorf, Schwerin, Hamburg, München und Berlin geplant.

Mehrere tausend Menschen werden am Montagabend in München zu einer Kundgebung gegen den bayerischen Pegida-Ableger erwartet. Das Bündnis »München ist bunt« hat zu einer Kundgebung

aufgerufen. Bei der Versammlung will auch Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) sprechen, wie das Bündnis am Freitag mitteilte. Auf Facebook hatten zu diesem Zeitpunkt schon knapp 6.000 Teilnehmer ihr Kommen angekündigt. Der bayerische »Pegida«-Ableger »Bagida« rechnet für seine Demonstration mit 300 Teilnehmern. Bereits in der Vorwoche waren in München und Würzburg rund 3.000 Menschen aus Protest gegen Pegida auf die Straße gegangen. Zeitgleich demonstrierten in beiden Städten rund 350 Bürger gegen eine angebliche »Islamisierung des Abendlandes«.

In Mecklenburg-Vorpommern werden die Pegida-Aufmärsche in Schwerin und Stralsund von zahlreichen Gegenaktionen begleitet. Initiativen, Kirchen, Verbände und Politiker kündigten eigene Demonstrationen und Friedensgebete an. Wie Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) wollen auch andere Politiker und Persönlichkeiten an den Aktionen für ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen.

In Dresden soll die Stadt nach der Pegida-Demonstration an diesem Montag mit einem »Neujahrsputz« symbolisch gereinigt werden. Das Bündnis »Dresden Nazifrei« kündigte zwei Protestaktionen an. Auch in anderen Städten, unter anderem in Suhl, hoffen »Pegida«-Ableger auf Zulauf. Mit Friedensgebeten, einem Sternmarsch und Demonstrationen wollen ebenfalls am Montagabend Bürger aus Leipzig und Umgebung gegen den ersten Aufmarsch der rechten Bewegung Legida protestieren. Nach Angaben der Stadt sind insgesamt sieben Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmern in der Messestadt geplant. Vor dem Hintergrund der Terrorattacken in Paris hat die Messestadt eine Auflage erlassen, wonach Legida keine Mohammed-Karikaturen zeigen dürfe - um Provokationen zu verhindern.

In der Hauptstadt haben sich die Vorsitzenden der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien gegen Rassismus und Hass auf die offene Gesellschaft gewandt. Jan Stöß (SPD), Kai Wegner (CDU), Klaus Lederer (Linkspartei), Bettina Jarasch und Daniel Wesener (Grüne) sowie Bruno Kramm (Piraten) riefen dazu auf, »am Montagabend friedlich gegen den Aufmarsch der Pegida-Anhänger zu protestieren« und an den Kundgebungen teilzunehmen, mit denen zu Wochenbeginn der Opfer des Anschlags auf die Satirezeitung »Charlie Hebdo« und der Geiselnahme in einem jüdischen Geschäft gedacht werden soll.

Zu einer Demonstration unter dem Motto »No Pegida« sind laut Polizei 1000 Teilnehmer angemeldet. Die Strecke führt vom Bundeskanzleramt zum Berliner Rathaus. Auch in Marzahn-Hellersdorf werden voraussichtlich einige hundert Menschen unter den Slogans »Ja zu Flüchtlingen« und »Solidarität statt Hassparolen« demonstrieren.

»Nach den schrecklichen Terroranschlägen von Paris ist es umso wichtiger, ein sichtbares Zeichen gegen jede Form von Rassismus und Fremdenhass zu setzen und unsere offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen«, heißt es in dem Appell. Die Unterzeichner zeigten sich »erschüttert über die Ereignisse in unserer Partnerstadt Paris und trauern um die Opfer. Der Angriff auf die Redaktion von Charlie Hebdo war zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie und unsere Freiheit insgesamt. Umso zynischer ist es, wenn Rechtspopulisten und Neonazis jetzt versuchen, die schrecklichen Ereignisse von Paris für ihre eigene menschenverachtende Hasspropaganda zu missbrauchen.«

Die Landesvorsitzenden der Berliner Parteien erklärten, »die Rechnung von Pegida, AfD, NPD und anderen darf nicht aufgehen«. Wer die Attentäter von Frankreich mit den Muslimen oder dem Islam gleichsetze, »betreibt das Geschäft der Terroristen. Wer ihren Hass auf unsere offene Gesellschaft mit Hass auf religiöse Minderheiten, Flüchtlinge oder Migrantinnen und Migranten beantwortet, bedient die Ziele der Fundamentalisten und stärkt die Feinde unserer Demokratie.« Berlin müsse zusammenstehen »in Solidarität mit unseren französischen Nachbarn und gegen alle Formen von

Rassismus, Fundamentalismus und Gewalt«.

"Es gibt Gründe für die Angst"

deutschlandradiokultur, 12.01.2015, Heiner Geißler im Gespräch mit Dieter Kassel

Terroranschlag in Paris, Krieg im Namen des Islam im Irak, und in Deutschland wird über die Abschiebep Praxis bei Boots-Flüchtlingen debattiert. CDU-Urgestein Heiner Geißler wirft der Politik deswegen Versagen vor.

Der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat der Politik schwere Versäumnisse im Umgang mit Pegida und dem Islam in Deutschland vorgeworfen. Im Deutschlandradio Kultur sagte Geißler, die Infragestellung der Pegida-Demonstrationen sei "grundsätzlich falsch. In Deutschland kann jeder demonstrieren wofür er will und wogegen er will." Dies sei ein Grundrecht. Man könne "den Leuten nicht den Mund verbieten", sagte Geißler: "Das geht nicht."

"Es kann überhaupt nicht bestritten werden, dass es Gründe gibt, warum die Leute Angst haben", betonte der CDU-Politiker. Jede Tag würden im Fernsehen im Namen des Islam begangene Verbrechen gezeigt. Zugleich hätten die Parteien aber eine Debatte über Flüchtlinge in Deutschland entfesselt. Es sei in den Augen der Menschen absurd, über neue Regeln für die Abschiebung von Boots-Flüchtlingen zu diskutieren, anstatt diejenigen auszuweisen, welche die Quelle aller Ängste seien: "Islamisten, die Salafisten, die Dschihadisten, die Sympathisanten dieses islamischen Krieges, und es sind vor allem die Hassprediger", sagte Geißler. Die Menschen müssten ein klares Zeichen bekommen, dass die Politik auch handele, forderte er. So könnte in Deutschland schon längst die Vollverschleierung verboten sein. Es dürfe auch nicht sein, dass Familiengerichte sich an der Scharia ausrichteten. Nur mit einem konsequenten Einsatz der rechtsstaatlichen Mittel werde den Rechtsradikalen bei Pegida der Boden entzogen, sagte Geißler.

Das Interview im Wortlaut:

Dieter Kassel: Politiker verschiedener Parteien in Deutschland haben gestern die Organisatoren der Pegida-Demonstrationen dazu aufgerufen, die Demonstrationen nach den Anschlägen von Paris bis auf Weiteres auszusetzen. Horst Seehofer, der Ministerpräsident Bayerns, und der SPD-Justizminister Heiko Maas haben das unter anderem getan.

Aber dieser Aufforderung werden die Organisatoren mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nachkommen. Es ist eher zu erwarten, dass heute wohl noch einmal mehr Menschen in Dresden auf die Straße gehen als in den vergangenen Wochen, nachdem Pegida-Sprecher und auch Politiker der AfD die Anschläge von Paris bereits dazu benutzt haben, um vor der großen islamischen Gefahr, die sie in ihren Augen auch in Deutschland sehen, zu warnen.

Aber man muss feststellen: Es sind nicht nur Pegida-Anhänger, die sich Sorgen machen. Schon vor den Anschlägen von Paris hat eine Meinungsumfrage zutage gebracht, dass 54 Prozent der Deutschen einen zunehmenden Einfluss des Islam in Deutschland fürchten. Wie kann, wie soll, wie muss die Politik auf solche Ängste, solche Sorgen reagieren, ganz egal, ob sie berechtigt sind oder nicht? Wie kann sie darauf aber auch reagieren, ohne Vorurteile zu verstärken?

Das wollen wir jetzt den CDU-Politiker Heiner Geißler fragen. Er kam 1965 das erste Mal in den Bundestag, war Bundes- und Landesminister und über zehn Jahre lang Generalsekretär seiner Partei. Schönen guten Morgen, Herr Geißler!

Heiner Geißler: Guten Morgen!

Kassel: Das ist für mich die Frage: Viele CDU-Politiker und auch Politiker anderer Parteien haben nach Paris zur Besonnenheit aufgerufen, haben aufgefordert, deutlich zu unterscheiden zwischen Muslimen und Terroristen. Das ist alles ebenso sinnvoll wie nichts Neues. Wie kann man denn das auf der einen Seite tun und gleichzeitig die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen?

Geißler: Ja, man kann halt beides miteinander machen, aber es wird wenig Wert haben, denn ständig weiße Salbe zu streichen mit dem Argument, die Islamisten, der Islamismus ist nicht identisch mit dem Islam - was ja richtig ist - das wird aber zu nichts führen, weil einfach der überwiegende Anteil der Leute eine solche Differenzierung gar nicht vornehmen kann. Dazu haben sie gar keine Zeit. Sie sind nicht bewandert in der Religionsgeschichte.

Und außerdem ist es halt tatsächlich so, dass es im Koran immer wieder mal die Hinweise gibt, auf die sich die Terroristen stützen können. Und deswegen ist dieses Argument eben auch inhaltlich nicht verwertbar und wird von den Leuten nicht geglaubt. Es muss was anderes gemacht werden.

Kassel: Und zwar?

Die Anhänger von Pegida haben ein Recht, zu demonstrieren

Geißler: Also zunächst einmal halte ich die Infragestellung der Demonstrationen grundsätzlich für falsch. In Deutschland kann jeder demonstrieren, wofür er will und wogegen er will. Es ist ein Grundrecht, es ist ein heiliges Grundrecht, das einzige Grundrecht neben dem Wahlrecht, wo der Bürger zwischen den Wahlen zum Ausdruck bringen kann, ob er mit etwas einverstanden ist oder nicht. Also, die Pegida-Leute, egal, was sie nun vertreten, haben ein Recht darauf, zu demonstrieren.

Kassel: Aber dieses Recht macht ihnen ja niemand strittig. Auch die Politiker, die ich erwähnt habe, haben ja nur dazu aufgerufen in Anbetracht der Terroranschläge, die Demonstrationen auszusetzen. Verboten kann und will ja niemand.

Geißler: Na gut, aber der Aufruf, was soll denn der nützen? Sie können den Leuten nicht den Mund verbieten, das geht nicht. Ich bin nicht auf deren Seite, damit Sie mich verstehen, nur ich finde, die Politik hat zurzeit den falschen Ansatz.

Es kann überhaupt nicht bestritten werden, dass es Gründe gibt, warum die Leute Angst haben. Wenn die jeden Tag die Zeitung aufschlagen oder das Fernsehen anschalten, dann sehen sie irgendwelche gräulichen Verbrechen, die im Namen des Islam begangen werden.

Das gilt für allem für den Islamischen Staat, das sind aber Islamisten, es sind Dschihadisten, da passiert das, was in Paris geschehen ist. Es sind Leute, die im Übrigen schon seit Monaten unter polizeilicher Überwachung stehen, und dass das trotzdem gemacht werden konnte, spricht nicht gerade für die französische Polizei.

Gleichzeitig entfesseln die politischen Parteien immer wieder eine Debatte über die Flüchtlinge in einer Zeit, in der tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil sie auf der Flucht sind.

Da kann man natürlich darüber debattieren, wann die wieder abgeschoben werden können, möglichst bald, wie es immer wieder heißt. Aber es ist doch psychologisch auch in den Augen der Menschen absurd, darüber zu debattieren, anstatt diejenigen auszuweisen, die ja die Quelle dieser Ängste sind. Und das sind eben die Islamisten, die Salafisten, die Dschihadisten, die Sympathisanten dieses islamischen Krieges, und es sind vor allem die Hassprediger.

Aber anstatt jetzt über die Bootsflüchtlinge neue Regeln zu erfinden, sollte die Politik alles tun, damit diese Leute ausgewiesen werden.

Kassel: Aber Sie wissen auch, Herr Geißler, dass wir zum Teil Ausweisungsprobleme, wenn man das so machen wollte, wie Sie es vorschlagen, hätten, weil wir reden natürlich von Menschen, die zum Teil die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Geißler: Ja, das ist auch wahr. Aber wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben, dann gibt es auch dafür eine gesetzliche Regelung, dann müssen sie eben vom Verfassungsschutz beobachtet werden und möglicherweise strafrechtlich belangt werden. Also diese Hassprediger, die machen sich ja strafbar. Das muss ja nur angewandt werden. Wir brauchen gar keine neuen Gesetze.

Kassel: Aber Sie haben gerade gesagt, Herr Geißler, die Politik macht da Fehler. Reden wir mal nicht über die Politik, sondern konkret auch über die Union. Hat die Union da zu viel Raum gelassen für zum Beispiel die Pegida, für die AfD? Haben Sie den Eindruck, die Union gerade auch erreicht, sagen wir mal, bürgerliche, rechtsdenkende Menschen nicht mehr?

Geißler: Also darüber ist auch schon diskutiert worden. Es gibt ja, glaube ich, keine Partei, die sich gegenüber diesen Demonstrationen noch eindeutiger geäußert hätte. Aber es ist eben das alte Problem, dass wir in der Politik – und das gilt auch für die CDU – so miteinander diskutieren, wie wir gerne hätten, dass die Leute es tun, es aber gar nicht machen können, weil sie gar nicht im Besitz der Informationen sind, zum Beispiel eben über die Unterschiede zwischen Islam und Islamismus.

Kassel: Aber sagen Sie denen ... Das haben Sie gerade gesagt, Herr Geißler, das verstehe ich: Die Leute haben diese Informationen nicht. Sie haben auch schon gesagt, die können wir ihnen irgendwie so schnell nicht geben – was heißt denn das? Ist das nicht auch ein Aufgeben, ist das nicht ein Sagen, na ja, die Leute haben diese Informationen nicht und damit müssen wir leben? Können wir ihnen diese Informationen nicht irgendwie geben?

Die Bürger brauchen Zeichen, dass die Politik handelt

Geißler: Nein. Sie müssen nur ein klares Zeichen bekommen, dass die Politik das tut, was sie tun kann, dass die Politik handelt, und wenn sie diese Zeichen bekommen, dann können die Leute sich auch sagen: Ja, die tun ja was, dann brauchen wir nicht auf die Straße

Zum Beispiel könnte in Deutschland längst das gemacht werden, was in Frankreich gemacht worden ist, nämlich diese Vollverschleierung mit der Burka verbieten. Das hat ganz klare Probleme, die damit verbunden sind, die mit der Gleichberechtigung der Frau zu tun haben, das ist die frauenfeindliche Einstellung bestimmter Bereiche im Islam.

Kassel: Herr Geißler, aber gerade in Frankreich, auch in Belgien, wo es ein solches Verschleierungsverbot ja auch gibt, hat das ja nicht gerade für ein friedliches Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen gesorgt.

In Frankreich hat der Front National immer größeren Zulauf gefunden, in Frankreich haben wir die Attentate gerade erlebt. Glauben Sie, dass ein Verbot der Verschleierung sowohl die Ängste in Deutschland bekämpfen würde als auch die Terrorismusgefahr senken?

Die "kriminelle Seite" des Islam bekämpfen

Geißler: Ja, nun sind wir nicht Frankreich. In Frankreich haben wir Situationen in den Banlieues, in den Vororten von Paris zum Beispiel, die sind nicht zu vergleichen mit der Situation bei uns. Frankreich hat eine ganz andere Situation mit einem hohen Anteil von muslimischen Zuwanderern

vor allem aus Nordafrika. Das kann man nicht vergleichen.

Ich rede ja auch nur davon, dass das getan wird, was getan werden kann. Es (gibt) doch überhaupt kein Grund, warum Deutschland nicht in der Lage sein sollte, es zu verbieten. Genauso darf es doch nicht sein, dass Gerichte bei uns in Deutschland anfangen und übernehmen islamisches Recht, Teile der Scharia, bei ihren Urteilen in Familiengerichtsstreitigkeiten oder Ehestreitigkeiten.

Den Leuten muss klar gesagt werden von der Politik: Die sind alle willkommen und wir wollen sie integrieren, aber das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Scharia, sondern das Grundgesetz.

Und wenn die Politik oder auch meine Partei mit diesen klaren Aussagen die Leute informiert und mit ihnen diskutiert und gleichzeitig sagt, hört auf mit den Diskussionen um die Flüchtlinge, es geht heute nicht um die Bootsflüchtlinge, und es geht nicht um die Zigeuner, nicht wahr, die ja auch immer im Mittelpunkt der Diskussion stehen, die echte Fluchtgründe haben, hört mal auf, jetzt in einer solchen Situation, wo tausende von Leuten ertrinken, das zum Hauptgegenstand der Auseinandersetzung zu machen, sondern bekämpft jetzt die kriminelle Seite, nicht wahr, dieses ganzen Bereiches mit den Mitteln, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen, und dann wird damit auch allen Rechtsradikalen bei Pegida der Boden, da werden die Vorwände weg- und der Boden unter den Füßen entzogen.

Kassel: Sagt der CDU-Politiker Heiner Geißler. Herr Geißler, ich danke Ihnen sehr für das Gespräch!

Geißler: Bitte schön!

Pegida-Kampfbegriffe: Vokabular wie bei Goebbels

spiegel, 12.01.2015, Jurek Skrobala

"Lügenpresse", "Volksverräter", "Überfremdung": Einige Ausdrücke der Pegida-Anhänger sind ideologisch vorbelastet - sie finden sich in NS-Gesetzen oder bei Joseph Goebbels.

René Jahn will nicht, dass die Anhänger seiner Bewegung laut werden. "Ruft keine Parolen", sagte der Mitorganisator einer Pegida-Demonstration in Dresden. "Über jede irgendwie geartete Parole würden Funk, Fernsehen und Presse negativ berichten."

Die Pegida-Anhänger rufen dennoch. Und in diesen Rufen beziehen sie sich - bewusst oder ungeplant - auf einen Sprachschatz, von dem es sich lohnt, ihn zumindest einmal in Ruhe genauer zu betrachten, um ihn besser zu verstehen: Welche Vorgeschichte haben die Wörter, die die Demonstranten brüllen, die Redner vortragen, die Texte im Netz und auf den Transparenten beinhalten?

"Volksverräter! Volksverräter!" Das riefen die Pegida-Anhänger zuletzt am vergangenen Montag, als die Demonstranten erneut in Dresden auf die Straße gingen. "Volksverräter", damit adressierten die Teilnehmer der Dresdner Demonstration die Regierenden in der Bundesrepublik Deutschland - vor allem Kanzlerin Angela Merkel, die in ihrer Neujahrsansprache dazu aufgerufen hatte, Pegida nicht zu folgen: Denn "zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen".

"Der Begriff 'Volksverräter' ist eine Ableitung von 'Volksverrat'", erklärt Dr. Andrea-Eva Ewels. "Ein Straftatbestand, der sich erstmals in den Gesetzen des Nazi-Systems findet." Ewels ist

Sprachwissenschaftlerin und Geschäftsführerin der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS). Sie befasst sich vor allem mit Sprachpflege und Sprachkritik, hat die Rhetorik der Pegida analysiert und findet nicht nur im "Volksverrat" einen Beigeschmack, der historisch bedenklich ist.

Neben den "Volksverrätern" steht die "Lügenpresse" im Fokus der bei Pegida-Protesten skandierten Kritik - auch mal mit dem Nachsatz "Halt die Fresse". Die "Lügenpresse" ist ein Begriff, der schon Anfang des 20. Jahrhunderts benutzt wurde. "Dahinter standen immer völkische oder nationalistische Anliegen, die die Medien angeblich zu verschleiern suchten", sagt Ewels. Zwar sei die "Lügenpresse" keine Erfindung der Nationalsozialisten, wurde aber von ebenjenen erfolgreich als stigmatisierender Ausdruck wiederbelebt.

Joseph Goebbels, Reichspropagandaleiter der NSDAP und später Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, verwendete den Ausdruck selbst 1932 in einer Rede. Er warf darin der "roten", also politisch linken "Lügenpresse" vor, einen "Verleumdungsfeldzug" gegen die Nationalsozialisten durchzuführen. Der Begriff ist aber nicht nur den Nationalsozialisten zuzuschreiben - in der DDR war von der "kapitalistischen Lügenpresse" die Rede.

Goebbels sprach auch schon von "Überfremdung"

Pegida-Anhänger warnen wiederholt vor einer "Überfremdung" Deutschlands - so etwa in der Unterzeile eines Propaganda-Clips auf YouTube. Auch dieses Wort hat eine wenig ruhmreiche Geschichte. 1929 stand es bereits im Duden und wurde wenige Jahre später wiederum von Goebbels benutzt. Wie es das Wörterbuch "NS-Deutsch" von Karl-Heinz Brackmann und Renate Birkenhauer definiert, meinte "Überfremdung" im Sinne der Nationalsozialisten ein "zu starkes Eindringen von Nichtdeutschen oder 'Artfremden' in das deutsche Volk".

Goebbels selbst sprach 1933 in seiner Rede zur "Rassenfrage und Weltpropaganda" von der "Überfremdung des deutschen Geisteslebens durch das Judentum" - und verlieh dem Wort so eine klar herabwürdigende Prägung. "1993 war 'Überfremdung' sogar Unwort des Jahres, der Begriff hat sich dennoch hartnäckig gehalten", sagt Ewels. "Heute sind aber oft andere Minderheiten gemeint wie Flüchtlinge aus muslimischen Ländern." So auch im Falle von Pegida.

Wie verhält es sich eigentlich mit dem Namen "Pegida"? Darin steckt das "Abendland", ein Begriff, der seinen Ursprung im 16. Jahrhundert hat und der im Wörterbuch der Brüder Grimm zunächst rein geografisch und wertfrei als "westlich gelegenes Land" definiert ist. Das Wort bekam jedoch nach 1918 durch "Der Untergang des Abendlandes", das Hauptwerk des Geschichtsphilosophen Oswald Spengler, ein ideologisches Timbre. "Bei Spengler weist der Begriff 'Abendland' klar antidemokratische Züge auf", sagt Ewels. "Er hielt nämlich die freiheitliche Demokratie für eine Art Stadium auf dem Weg zum unausweichlichen Niedergang."

Mit antidemokratischen Worten für demokratische Werte

Neben diesen ideologisch gefärbten Begriffen durchzieht die Pegida-Demonstrationen das Georg-Büchner-Zitat "Wir sind das Volk" wie ein Leitmotiv. Für Ewels passt das nicht zusammen. "Bei den Montagsdemonstrationen, die zum Mauerfall, dem Ende der DDR und schließlich zur Wiedervereinigung führten, richtete sich 'Wir sind das Volk' gegen die Machthaber der SED."

Damals protestierten DDR-Bürger für Grundrechte, die im deutschen Grundgesetz festgeschrieben sind: Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, freie Wahlen. "Bei den Pegida-Protesten wird 'Volk' dagegen nicht im Sinne von 'Bevölkerung' gebraucht, sondern im Sinne von Deutschen, die sich gegen einen als übermäßig empfundenen Zuzug von Ausländern wehren." Damit instrumentalisieren die Pegida-Anhänger eine Parole, die wie kaum eine andere mit positiven Wendungen der deutschen Geschichte verbunden ist - und lassen ihren Kontext außer Acht.

Die Rhetorik der Pegida pendelt in einem eklektischen Referenzkosmos hin und her, mal verstaubt

und mal bürokratisch kalt wie etwa in "Asylindustrie". Was unterscheidet diese Rhetorik von der der Rechtsextremen? "Während viele Neonazis freiheitlich-demokratische Werte und das Grundgesetz ablehnen, fürchten viele Pegida-Anhänger ja gerade, dass Freiheit und Demokratie durch 'Islamisierung' in Gefahr sind", sagt Ewels.

Die Pegida-Anhänger treten also vermeintlich wortgewaltig für die Demokratie ein - mit allerlei Wörtern, die in ihrer Geschichte antidemokratisch sind. Sie widersprechen sich damit selbst. Und ignorieren, dass Sprache Wirklichkeit schafft.

Lügenpresse und Volksverräter: Das steckt hinter den Pegida-Rufen

augsburger-allgemeine, 12.01.2015, Andrea Hentschel

Sie schimpfen über 'Lügenpresse' und 'Volksverräter', rufen 'Wir sind das Volk': Seit Wochen nutzen Pegida-Demonstranten solches und anderes Vokabular. Woher kommen die Begriffe?

Sie schimpfen über »Lügenpresse« und »Volksverräter« und rufen »Wir sind das Volk«: Seit Wochen nutzen Pegida-Demonstranten solches und anderes Vokabular. Experten der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) haben die Begriffe unter die Lupe genommen - und stufen einige davon als »ideologisch sehr bedenklich ein«.

"Wir brauchen mehr Streit"

sueddeutsche, 12.01.2015, Bernd Kastner

Michael Reder hat den einzigen Lehrstuhl für Völkerverständigung in Deutschland inne, er lehrt an der Hochschule für Philosophie in München. Seinen jüngsten Jahresbericht hat er überschrieben mit: "Dialog als Muttersprache der Menschheit".

SZ: Herr Reder, sind Sie froh, dass die Pegida-Anhänger auf die Straße gehen?

Michael Reder: Wir brauchen mehr Streit in Demokratien. Ich bin nicht froh über die Positionen, die Pegida vertritt. Aber sie sind ein Zeichen dafür, dass wir uns auseinandersetzen. Es braucht Streit und Abgrenzung von genau diesen problematischen Positionen, damit Demokratie vital ist.

Die Pegida-Demonstrationen sind also ein Zeichen der Vitalität?

Ja, weil sich da eine Gruppierung äußert, die meint, sich unwohl zu fühlen, die sich sehr undifferenziert, teils antiplural und antidemokratisch äußert. Ich finde es wichtig, dass dies nicht nur im Stillen gedacht wird. Denn dann wird es problematisch, dann eskaliert die Situation irgendwann. Was wir brauchen, ist eine klare Auseinandersetzung, etwa über den Islam und die Positionen von Pegida. Wenn die sagen, dass der Islam generell gewaltanfällig ist, kann man das sehr deutlich widerlegen. Der Islam ist sehr differenziert, und der Großteil der Muslime will ein friedliches Zusammenleben. In der Auseinandersetzung mit Pegida kann man genau so für ein Verständnis des Islam werben.

Sie plädieren für den offenen Diskurs.

Ja, aber nicht in dem Sinne, dass wir Verständnis für diese Pegida-Positionen haben sollten. Entsprechende Äußerungen von Politikern halte ich für problematisch. Wir brauchen kein Verständnis für Leute, die antidemokratisch sind oder ein Bild vom Islam zeichnen, das nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt.

Antidemokratisch? Pegida sagt doch: "Wir sind das Volk."

Der Slogan ist intelligent gewählt, auch der Montagabend. Aber der Großteil der Menschen in Deutschland fühlt sich wohl mit unserer Demokratie.

Zehntausende fühlen sich gar nicht mehr wohl in diesem Deutschland. Muss man die nicht ernst nehmen?

Ich nehme sie ernst in dem Sinne, dass wir eine intensivere Diskussionskultur brauchen. In den letzten Jahren haben wir uns viele Gedanken gemacht über Konsens, die große Koalition ist ein Ausdruck davon. Dabei sind die Menschen an den politischen Rändern verloren gegangen. Pegida zeigt, dass wir mehr Streit brauchen. Was nicht heißt, dass wir ausgrenzen oder diskriminieren dürfen. Aber es braucht eine klare Abgrenzung. Eine Demokratie lebt von unterschiedlichen Positionen.

Streit haben wir jetzt.

Ich habe gerade erst mit meinen Studierenden darüber gesprochen und festgestellt, dass wir noch nie ein Weihnachtsfest hatten, bei dem wir in der Familie und mit Freunden so viel über Politik und Demokratie diskutiert haben wie jetzt. So schwierig ich Pegida finde, so gut finde ich die Auswirkungen: Das Gespräch darüber, wie Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zusammenleben wollen.

Sogar die Kanzlerin hat sich klar positioniert - gegen Pegida.

Ihre Worte kamen leider sehr spät. Ich wünsche mir von allen Politikern klarere Worte. Auch mehr Mut, um für Differenzierung zu werben. Gerade beim Islam aber schüren Politiker immer wieder Vorurteile mit undifferenzierten Äußerungen.

Pegida sieht sich bestätigt: Schaut nach Paris, so gefährlich ist er, der Islam.

Gewalt spricht gegen den Kern einer Religion, gegen den Gedanken eines liebenden Gottes. Die Täter instrumentalisieren religiöses Vokabular, aber sie spiegeln nicht den Großteil dieser Religionsgemeinschaft. Die hat ein sehr friedvolles Verständnis.

Verstehen Sie, dass Menschen Angst haben, wenn sie die Bilder aus Paris sehen?

Ich verstehe diese Angst. So ein Anschlag zielt auf den Kern unserer demokratischen Gesellschaft. Aber die Anzahl der terroristischen Akte ist so gering im Vergleich zu anderen Risiken, die wir täglich in Kauf nehmen, dass hier etwas überspannt wird. Und es ist die falsche Antwort auf diesen Terror, Menschen auszugrenzen, Flüchtlinge zu stigmatisieren als Islamisten. Ausgerechnet jene Menschen, die vor islamistischem Terror geflohen sind.

Wie sinnvoll ist es, Pegida einfach in eine Ecke zu stellen und deren Forderungen zurückzuweisen?

Natürlich sind symbolhafte Gegendemonstrationen wichtig, es ist ein klares Zeichen, das Licht am Kölner Dom auszumachen. Aber für das Entscheidende halte ich die Etablierung einer

Willkommenskultur. Wir müssen deutlich machen, dass uns unsere demokratischen Werte sehr viel wert sind, dazu gehört das Asylrecht. Menschen, die verfolgt sind und Leid erfahren haben, sind bei uns willkommen. Das ist das stärkste Symbol gegen Ausgrenzung.

Zwei Gesichter einer Stadt

tagesspiegel, 12.01.2015, Ralph Hammerthaler

Gibt es zwei Dresden? Einerseits zeigt sich die sächsische Hauptstadt strahlend und weltoffen, mit Blick auf "Pegida" wirkt sie ängstlich und verzagt. Gegendemonstrationen, bürgerliche Kultur und freie Radikale - ein früherer Stadtschreiber erzählt von seinen Beobachtungen.

Im Februar 2012, da bin ich schon nicht mehr Stadtschreiber in Dresden, treffe ich mich mit Jens Baur auf ein Bier in der Altstadt. Damals sitzt Baur für die NPD im Stadtrat und schimpft auf die „Systemmedien“. Was heißt denn System?, frag ich ihn. Ja, sagt er, das sind halt so Kampfbegriffe. Ich schreib Bücher, sag ich, und genau betrachtet bin ich weniger System als Sie, ein Abgeordneter, es sind. Baur sagt: Irgendwie haben Sie recht.

Jetzt, da jeden Montag „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ in Dresden auf die Straße gehen, hört man wieder halt so Kampfbegriffe, diesmal „Lügenmedien“.

Und wieder besetzen sie die Silhouette der Stadt, so wie es jahrelang Nazi-Aufmärsche taten am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung. Offenbar eignet sich das schöne Dresden besonders gut als Bühne, noch dazu für viele von auswärts. Denn gekämpft wird auch um Bilder. Wie gehabt stößt eine eher rechte Demonstration auf eine eher linke Gegendemonstration, gerade so, als zöge sich eine Spannungslinie mitten durch die Stadt. Die Februar-Nazis wurden durch ein bürgerliches bis linksalternatives Bündnis zurückgedrängt, durch Kundgebung, Menschenkette und Sitzblockade – am Sonnabend demonstrierten 35000 Menschen. Wie lange „Pegida“ durchhält, bleibt abzuwarten.

Seit fast fünfzehn Jahren lebt Barbara Lubich, eine Italienerin aus Trento, in Dresden. Sie hat über das Gedenken an den 13. Februar 1945 einen Film gedreht. Am Rand des Aufmarsches sagte ihr ein alter Mann: Wir wollen keine neue Diktatur. Wer sollte denn den Hitler machen? Ihr Film ist fesselnd und aufschlussreich, weil sie jede Seite zu Wort kommen lässt, ohne kommentierend einzugreifen. Das haben ihr manche zwar verübelt. Aber gut, wer immer nur hier die Guten und dort die Bösen sieht, sieht letztlich nicht mehr, als er immer schon gesehen hat. Kühn hat Lubich ihren Film „Come together“ genannt, und wenn man sich die Musik der Beatles dazu vorstellt, dann klingt der Titel gar nicht so uncool. An Händchenhalten denkt hier sowieso niemand – aber vielleicht an die Hoffnung, dass Gegner miteinander noch reden und streiten können.

In Dresden wächst die Bevölkerung wieder

Dresden hat den Zwinger, die Semperoper, unzählige Museen und das Staatsschauspiel. Es hat eine schwer bürgerliche Kultur, aber zum Glück auch ein paar freie Radikale, die E-Mails verschicken „mit anarchistischem Wintergruß“. Es hat viele Touristen, weil Touristen es schön haben wollen, und es gehört zu den wenigen ostdeutschen Städten, deren Bevölkerung wieder wächst. Dass Künstler und Intellektuelle die Stadt anziehend finden, liegt jedoch eher daran, dass sie mit ihr nicht fertig werden.

Dresden entzieht sich, weil es kaum auf den Begriff zu bringen ist. Einerseits strahlend und weltoffen, andererseits ängstlich und verzagt. Als Kommunikationswissenschaftler der TU Berlin im Dezember 2009 danach fragten, welches Umfeld die Bürger sich wünschten, antworteten 44

Prozent, sie bevorzugten „eine Gesellschaft, in der Menschen der gleichen Herkunft leben, Menschen, die sich sehr ähnlich sind“. Also fast die Hälfte. Und das nicht in irgendeinem bayerischen Dimpfendorf, sondern in einer sächsischen Großstadt. Im Juli 2010 sank der Anteil auf 35 Prozent, na, immerhin.

"Außerdem leben hier so viele Schwarze"

Der Rockmusiker Lord Bishop stammt aus New York, geschätzt zwei Meter groß, ein Schwarzer in der Stadt. Auf Konzerten pflegt er Whiskey zu trinken, und jedes Mal, so auch auf dem Stadtfest, kommt der Moment, da er mit der Flasche von der Bühne steigt. Menschen legen den Kopf in den Nacken und öffnen den Mund, damit ihnen der Lord einen Schuss hineingibt. Später frag ich ihn, warum er sich hier niedergelassen hat. Er antwortet: Warum nicht? Ich brauch ein Zuhause. Und in Dresden fühl ich mich wohl. Außerdem leben hier so viele Schwarze.

Da müssen wir laut lachen.

Jeden August feiert die Stadt sich selbst auf einem dreitägigen Stadtfest. In meinem Stadtschreiberjahr singt am letzten Abend Cassandra Steen vor der Semperoper. Nach dem bejubelten Konzert der farbigen Cassandra wird eine farbige Dresdnerin auf der Augustusbrücke niedergeschlagen. Hey, Scheißzecke! Darauf stößt ihr ein junger Mann den Fuß ins Gesicht, ein anderer tritt nach. Einer Freundin, die ihr zu Hilfe eilt, wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Danach flüchten die Täter. Nachdem Polizei und Sanitäter eingetroffen sind, leuchtet die junge Frau mit dem Handy das Pflaster ab, um ihre Zähne zu finden. Beide Frauen verbringen die Nacht im Krankenhaus.

Zehntausende Menschen bei bundesweiten Anti-Pegida-Demos

stern, 12.01.2015, dpa

Starker Protest gegen Pegida: In mehreren großen Städten sind Zehntausende gegen die Anti-Islam-Bewegung auf die Straße gegangen. In Leipzig stellten sich am Montagabend rund 30 000 Menschen dem Aufmarsch des Pegida-Ablegers Legida entgegen.

Dresden/Berlin - Starker Protest gegen Pegida: In mehreren großen Städten sind Zehntausende gegen die Anti-Islam-Bewegung auf die Straße gegangen. In Leipzig stellten sich am Montagabend rund 30 000 Menschen dem Aufmarsch des Pegida-Ablegers Legida entgegen.

In München nahmen rund 20 000 Menschen an einer Demonstration unter dem Motto "München ist bunt" teil. Wie in anderen Großstädten gedachten sie auch der Opfer der Terrorattacken in Paris. Bei einer großen Gegendemonstration in Hannover zählten die Veranstalter 11 000 Teilnehmer.

In Dresden, wo die Pegida-Bewegung ihr Zentrum hat, folgten Tausende Anhänger der islamfeindlichen Bewegung einem von zahlreichen Politikern kritisierten Aufruf zu einem Trauermarsch. Die Polizei machte zunächst keine Angaben zur Teilnehmerzahl der mittlerweile zwölften Pegida-Kundgebung in Sachsens Landeshauptstadt.

Trotz der Ankündigung mit Blick auf die Terroropfer von Paris mit Trauerflor aufzumarschieren, waren nur wenige Deutschlandfahnen mit schwarzen Bändern zu sehen. An anderen Orten fanden die Veranstaltungen der Pegida-Anhänger kaum Anklang. In Dresden hatten sich bereits am Samstag 35 000 Menschen zu einer Kundgebung für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit versammelt.

In München machten sich Anti-Pegida-Demonstranten auf Transparenten für "Freiheit und Toleranz" stark. "Wir stehen hier, weil wir das Feld nicht denen überlassen wollen, die versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten", rief Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bei der Kundgebung. "Wir stehen auf, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt." Auf einem Plakat stand: "Lasst unsere Moslems in Ruhe!".

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) wertete die hohe Zahl von friedlichen Gegendemonstranten in Hannover als klares Zeichen dafür, dass die Menschen nicht in einer Gesellschaft leben wollten, in der die Augen vor der Not der Flüchtlinge verschlossen würden.

In Berlin demonstrierten rund 4000 Menschen gegen die Pegida-Bewegung. Sie zogen vom Bundeskanzleramt zum Brandenburger Tor. Auf Transparenten stand mit Bezug auf die Terroranschläge von Paris und die deutsche Pegida-Bewegung: "Wir sind Charlie. Wir sind nicht Pegida." Auf der anderen Seite des Berliner Wahrzeichens versammelten sich etwa 400 Anhänger des Berliner Pegida-Ablegers Bärgida. Die Polizei hielt beide Gruppen mit einem Großaufgebot getrennt.

Die Spitzen von Staat und Gesellschaft wollen an diesem Dienstag (18.00 Uhr) gemeinsam in Berlin mit den Muslimen in Deutschland gegen islamistischen Terror und für ein friedliches Zusammenleben der Religionen demonstrieren. Unter dem Motto "Zusammenstehen - Gesicht zeigen" haben der Zentralrat der Muslime und die Türkische Gemeinde eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor organisiert. Unter anderem ist eine Rede von Bundespräsident Joachim Gauck geplant.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte nach den Terroranschlägen in Paris mit 17 Toten vor einer pauschalen Verurteilung der rund vier Millionen Muslime, die in Deutschland leben. Der frühere Bundespräsident Christian Wulff hatte gesagt, der Islam gehöre zu Deutschland. "Dieser Meinung bin ich auch", sagte Merkel am Montag in Berlin nach einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu.

Streit um Pegida-Trauermarsch

stuttgarter-nachrichten, 12.01.2015, SIR/dpa

Weil in Dresden auch die Pegida-Bewegung für die Opfer der Terroranschläge von Paris auf die Straßen gegangen waren, empört sich jetzt unter anderem Grünen-Politiker Cem Özdemir.

Mit ihrem Trauermarsch für die Opfer des Terrors von Paris entfacht die islamfeindliche Protestbewegung Pegida einen Sturm der Entrüstung. Dass ausgerechnet die Pegida-Bewegung, die regelmäßig Zeitungen als „Lügenpresse“ beschimpfte, jetzt die Karikaturisten von „Charlie Hebdo“ ehren wolle, sei geradezu abenteuerlich, sagte der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir am Montag auf n-tv. CSU-Chef Horst Seehofer forderte die Pegida-Organisatoren auf, ihre Kundgebungen bis auf weiteres auszusetzen.

Anhänger der Bewegung wollten am Abend wieder bundesweit auf die Straße gehen - erstmals nach den Terroranschlägen von Paris. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) forderte eine Absage der Demonstration. „Die Opfer haben es nicht verdient, von solchen Hetzern missbraucht zu werden“, sagte er der „Bild“-Zeitung.

AfD stellt sich schützend vor Pegida

Die Alternative für Deutschland (AfD) stellte sich hingegen erneut schützend vor die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). Die Vorsitzende der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag, Frauke Petry, sagte dem Fernsehsender Phoenix: „Ihnen per se zu unterstellen, sie seien fremdenfeindlich und rassistisch, halte ich für nicht legitim.“ Es sei wichtig, mit den Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen zu sprechen, sagte Petry, die auch dem Bundesvorstand der rechtskonservativen Partei angehört.

Die AfD hatte vergangene Woche alle anderen Parteien aufgefordert, gemeinsam mit ihnen und Pegida an diesem Montagabend in Dresden schweigend und mit Trauerflor gegen den islamistischen Terror von Paris zu demonstrieren. Auf diesen Aufruf hatte jedoch keine Partei reagiert. Die AfD erklärte ihrerseits, sie sei von SPD-Chef Sigmar Gabriel nicht zu der von ihm angeregten Kundgebung gegen den Terror eingeladen worden.

Die für Montagabend geplante erste Kundgebung des nach dem Vorbild von Pegida gegründeten Bündnisses Legida in Leipzig sorgte bereits im Vorfeld für Irritationen. Erst verbot die Stadt Leipzig den Veranstaltern, bei der Kundgebung Mohammed-Karikaturen zu zeigen. Später wurde das Verbot wieder zurückgezogen.

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) warf der Pegida-Bewegung vor, sie nutze die furchtbaren Terrorangriffe von Paris aus, um „ihr fremdenfeindliches Süppchen“ zu kochen.

Karikaturisten wollen sich nicht vereinnahmen lassen

Auch Karikaturisten warfen der Bewegung vor, sie schlachte die Attentate in Frankreich „auf zynische Art und Weise“ aus. In einem Aufruf der Zeichner hieß es: „Wir, die französischen und frankophonen Zeichner, sind entsetzt über die Ermordung unserer Freunde. Und wir sind angewidert, dass rechte Kräfte versuchen, diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.“

Die Pegida-Bewegung demonstriert bereits seit Wochen jeden Montag in Dresden gegen die vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“. Vorgangene Woche hatten 18.000 Menschen an der Kundgebung teilgenommen.

Warnung an "Pegida"

de, 12.01.2015

Vor der islamfeindlichen "Pegida"-Demonstration mehren sich die Stimmen, die vor einer Instrumentalisierung der Pariser Terrorserie warnen. Französische Zeichner wehren sich mit Karikaturen gegen eine Vereinnahmung.

"Pegida" macht weiter mobil. Und die Gegner auch. In vielen deutschen Städten wird heute demonstriert. Nach den islamistischen Terroranschlägen von Paris erscheinen die islamfeindlichen Kundgebungen in einem anderen Licht. In Dresden wollen die "Pegida"-Anhänger wegen der Terroropfer mit Trauerflor aufmarschieren - ein Ansinnen das nicht nur in Deutschland für Empörung sorgt.

Französische und frankophone Karikaturisten veröffentlichten ein Flugblatt mit dem Titel "Pegida, verschwinde!". "Wir lehnen es ab, dass 'Pegida' das Gedenken an unsere Kollegen vereinnahmen will", sagte ein Mitorganisator. "Pegida" stehe für all das, was die ermordeten Kollegen der französischen Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" durch ihr Werk bekämpft hätten. "Wir, die

französischen und frankophonen Zeichner, sind entsetzt über die Ermordung unserer Freunde. Und wir sind angewidert, dass rechte Kräfte versuchen, diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren", heißt es in dem Flugblatt. Zu den bisher elf Unterzeichnern gehört auch der niederländische Karikaturist "Willem", Gründungsmitglied und Zeichner bei "Charlie Hebdo". Er war während der Anschläge nicht in der Redaktion, weil er im Zug nach Paris saß. Die Zeichner rufen die Dresdner zu Weltoffenheit und Toleranz auf. "In diesem Kampf ist Dresden, wie Paris, eine symbolische Stadt."

Auch deutsche Politiker kritisierten die "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" in deutlichen Worten. Bundesjustizminister Heiko Maas forderte die "Pegida"-Organisatoren auf, ihre Demonstration abzusagen. "Die Opfer haben es nicht verdient, von solchen Hetzern missbraucht zu werden", sagte der SPD-Politiker der "Bild"-Zeitung. "Es ist einfach nur widerlich, wie die Hintermänner dieser Demos das abscheuliche Verbrechen von Paris jetzt ausschachten wollen."

Gegendemonstrationen in zahlreichen Städten

CSU-Chef Horst Seehofer forderte, die allwöchentlichen "Pegida"-Aktionen bis auf weiteres auszusetzen. "Ich möchte die Verantwortlichen auffordern, dass sie jetzt, wo die ganze Welt trauert und schockiert ist über die Vorgänge in Paris, auf absehbare Zeit ihre Demonstrationen absagt", sagte er in dem Fernsehsender ARD. Zuvor hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) der "Pegida"-Bewegung vorgeworfen, die Terroranschläge von Paris politisch zu missbrauchen.

In Dresden, wo die "Pegida" vor einer Woche 18.000 Menschen mobilisierte, sowie in vielen anderen Städten sind Gegenaktionen geplant. Dabei wollen Bürger für Weltoffenheit eintreten und dagegen protestieren, Terror islamistischer Extremisten gegen Zuwanderer und gegen den Islam zu instrumentalisieren. Anti-"Pegida"-Demos sind unter anderem in Berlin, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, München, Schwerin und Saarbrücken geplant. In Hannover will Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) an der Demonstration der "Pegida"-Gegner teilnehmen.

In Leipzig, wo Tausende zu mehreren Gegendemos gegen den ersten "Legida"-Aufmarsch erwartet werden, erließ die Stadtverwaltung zunächst eine Auflage, wonach "Legida" keine Mohammed-Karikaturen zeigen dürfe, zog diese aber später wieder zurück. Die Stadt habe das Verbot noch einmal geprüft und sei nun zu einem anderen Schluss gekommen, hieß es beim Ordnungsamt.

"Pegida" macht in Dresden seit Wochen gegen die angebliche "Überfremdung" Deutschlands durch Zuwanderer mobil. Inzwischen gibt es ähnliche Initiativen in vielen Teilen Deutschland, die jedoch weniger Zuspruch finden und vielerorts durch Gegendemonstrationen gestoppt wurden. Bei einer von der sächsischen Landesregierung und der Stadt initiierten Kundgebung in Dresden bekannten sich am Samstag 35.000 Menschen zu Weltoffenheit.

Nach Terror in Paris: Seehofer fordert Stopp der Pegida-Märsche

spiegel, 12.01.2015, anr/AFP/dpa/Reuters

Pegida instrumentalisiert den Terror von Paris: In Dresden wollen Anhänger der Bewegung an diesem Montag in Trauerflor marschieren. Innenminister de Maizière nennt das Vorgehen "schäbig", selbst aus der CSU kommt nun Kritik.

Bislang wollten CSU-Politiker die von den Pegida-Demonstranten vorgetragenen Sorgen ernst

nehmen - wegen der Terrorangriffe von Paris soll die Bewegung jetzt aber auch nach dem Willen von Parteichef Horst Seehofer eine Pause einlegen. Er rufe die Verantwortlichen auf, "dass sie jetzt, wo die ganze Welt trauert und schockiert ist über die Vorgänge in Paris, auf absehbare Zeit ihre Demonstrationen absagt", sagte der bayerische Ministerpräsident am Sonntagabend im ARD-"Bericht aus Berlin".

Mit scharfen Worten wandte sich Justizminister Heiko Maas (SPD) gegen die für diesen Montag geplanten fremdenfeindlichen Demos. "Hätten die Organisatoren einen Rest von Anstand, würden sie diese Demonstrationen einfach absagen", sagte Maas der "Bild"-Zeitung. Die Opfer aus Frankreich hätten es nicht verdient, "von solchen Hetzern missbraucht zu werden", so der SPD-Politiker demnach. Maas bezeichnete es als "widerlich", wie die Organisatoren das Verbrechen ausschlachten wollten. "In Dresden wollen Menschen mit Trauerflor am Arm eben jener Opfer in Paris gedenken, die sie vor einer Woche noch als Lügenpresse beschimpft haben", monierte er. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte, die Instrumentalisierung eines so schrecklichen Mordanschlags für eigene Zwecke sei schäbig. "Was Pegida da betreibt, ist ein unlauteres Spiel mit Worten", sagte er der "Bild am Sonntag".

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte zuletzt ihre Kritik an Pegida wiederholt. Die Aufforderung in ihrer Neujahrsansprache, sich den Demonstrationen nicht anzuschließen, gelte weiter. In ihrer wöchentlichen Internet-Botschaft sagte sie zudem: "Wo Hass und Vorurteile zu Hause sind, da werden wir auch keine guten Lösungen für uns alle finden." Jeder müsse sich zu den Grundwerten des Landes bekennen. Dazu gehöre das Recht auf Asyl für verfolgte Menschen.

In Dresden wollen an diesem Montag die Pegida-Anhänger wegen der Terroropfer von Paris mit Trauerflor aufmarschieren. Zuletzt hatten an einer Pegida-Kundgebung in der sächsischen Landeshauptstadt 18.000 Menschen teilgenommen. Allerdings waren bei einer Demonstration an diesem Samstag für Toleranz und Mitmenschlichkeit in Dresden rund 35.000 Menschen auf die Straße gegangen.

Erstmals soll es jetzt auch in Leipzig eine große Pegida-Demonstration geben. Vor dem Hintergrund der Terrorattacken in Paris hat die Stadtverwaltung Leipzig eine umstrittene Auflage erlassen: Die Demonstranten dürfen keine Mohammed-Karikaturen zeigen - um Provokationen zu verhindern.

Der "Frankfurter Rundschau" zufolge bemühen sich die Veranstalter, Pegida zu einer festen Organisation mit eigenen Einnahmen zu machen. Das Dresdner Finanzamt prüfe den Antrag des Vereins auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Spenden an das Bündnis würden dann von der Steuer absetzbar. Steuerrechtlern zufolge gibt es dafür aber einige Hürden.

In der Politik wird über neue Einwanderungsregeln debattiert: CSU-Chef Seehofer wandte sich gegen neue Gesetze, wie es CDU-Generalsekretär Peter Tauber vorgeschlagen hatte. "Wir brauchen deshalb kein Einwanderungsgesetz, weil wir gute Einwanderungsregeln haben", so Seehofer. Es gebe "volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union". Jeder EU-Bürger könne in der Europäischen Union "den Wohnsitz frei nehmen, auch den Arbeitsplatz". Deutschland habe "ein grundgesetzlich geschütztes Asylrecht und wir können den Fachkräftebedarf außerhalb Europas mit dem bestehenden rechtlichen Regeln, die erst kürzlich verbessert worden sind, decken", sagte Seehofer. "Also aus meiner Sicht besteht für ein Einwanderungsgesetz, das ja nur das Ziel haben könnte, noch zusätzliche Einwanderungen zu ermöglichen, kein Bedarf."

Tauber hatte für ein neues Einwanderungsgesetz in Deutschland plädiert und war damit bei SPD und Grünen umgehend auf Zustimmung gestoßen. Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel zeigte sich an diesem Samstag nach der CDU-Vorstandsklausur in Hamburg offen für eine solche Debatte. Es gehe dabei um die Frage, wie Deutschland auf den Fachkräftemangel reagieren solle, sagte Merkel. Beim Thema Einwanderung müsse es womöglich noch "Verbesserungen"

geben.

Französische Karikaturisten wehren sich gegen Pegida

zeit, 12.01.2015, dpa, jc

"Pegida verschwinde": Mit Zeichnungen und einem Flugblatt wenden sich französische Karikaturisten gegen die Vereinnahmung der Pariser Attentate durch die Organisation.

Französische und frankofone Karikaturisten wehren sich mit einem Flugblatt gegen die Pegida-Bewegung. Die islamfeindliche Gruppierung versuche, aus den Anschlägen von Paris Kapital zu schlagen. In einem Flugblatt rufen sie die Dresdner zu Toleranz und Weltoffenheit auf. Die Pegida-Organisatoren hatten ihre Anhänger aufgefordert, als Reaktion auf die Attentate in Paris bei der Kundgebung an diesem Montag Trauerflor zu tragen.

Die Pegida versuche auf zynische Weise, die Attentate zu instrumentalisieren, heißt es in dem Aufruf. Sie seien empört über den in der sächsischen Landeshauptstadt geplanten "Trauermarsch" am Montagabend. Pegida stehe für all das, was die Kollegen von Charlie Hebdo durch ihr Werk bekämpft hätten.

"Wir, die französischen und frankofonen Zeichner, sind entsetzt über die Ermordung unserer Freunde. Und wir sind angewidert, dass rechte Kräfte versuchen, diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren", heißt es in dem Flugblatt. Die klare Aussage: "Pegida, verschwinde!"

In einem Aufruf an die Dresdner fordern sie, sich gegen Pegida einzusetzen: "Im Andenken an unsere ermordeten Freunde und Kollegen müssen wir uns in Dresden gegen diesen Akt der Instrumentalisierung erheben. Sonst würde man sie ein zweites Mal töten." Die Vereinnahmung dieser Morde durch Kräfte, die das Gegenteil von dem repräsentierten, "für das unsere Freunde zeitlebens warben, gleicht einer Grabschändung. Pegida steht für all das, was sie durch ihr Werk und ihr Leben bekämpften".

Eine der Karikaturen zeigt zum Beispiel eine Hyäne und einen Aasgeier, die aus dem Terroranschlag Kapital schlagen wollen. Eine andere Zeichnung zeigt einen offenbar rechtsextremen Mann mit einem Baseballschläger, der sagt: "Ich leide unter Rassismus gegen Rassisten."

Das Flugblatt wurde unter anderem von Willem Holtrop unterzeichnet, einem Karikaturisten bei Charlie Hebdo. Er hatte den Anschlag nur deshalb überlebt, weil er zu spät zur Redaktionskonferenz kam. In Interviews sagte er bereits, dass er angewidert sei von den vielen falschen Freunden, die das Satiremagazin seit dem Anschlag habe. Die anderen Zeichner, die den Aufruf unterschrieben, arbeiten größtenteils für französische Zeitungen wie Le Monde.

Politiker kritisieren Pegida

Mehrere Politiker wendeten sich ebenfalls an die Pegida-Organisatoren und forderten, die Demonstration abzusagen. Justizminister Heiko Maas (SPD) warf den Organisatoren eine Instrumentalisierung der Pariser Attentate vor. "In Dresden wollen Menschen mit Trauerflor am Arm eben jener Opfer in Paris gedenken, die sie vor einer Woche noch als Lügenpresse beschimpft haben", sagte der SPD-Politiker. Horst Seehofer (CSU) forderte, bis auf Weiteres auf die allwöchentlichen Proteste zu verzichten. "Ich möchte die Verantwortlichen auffordern, dass sie jetzt,

wo die ganze Welt trauert und schockiert ist über die Vorgänge in Paris, auf absehbare Zeit ihre Demonstrationen absagt", sagte der bayerische Ministerpräsident.

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière warf den Pegida-Organisatoren einen Missbrauch der Terroranschläge gegen das Satiremagazin Charlie Hebdo und einen koscheren Supermarkt vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, die Aufforderung in ihrer Neujahrsansprache, sich den Pegida-Demonstrationen nicht anzuschließen, gelte weiter.

Aktion von französischen Karikaturisten: "Pegida, verschwinde"

spiegel, 12.02.2015, brk/dpa

Französische Karikaturisten stellen sich gegen Pegida - mit ziemlich eindeutigen Zeichnungen. Grund ist ein geplanter "Trauermarsch" in Dresden. "Wir sind angewidert", schreiben die Künstler.

"Pegida, verschwinde!" - mit einem Flugblatt und Karikaturen haben sich französische und frankophone Karikaturisten gegen die islamfeindliche Bewegung Pegida gestellt. Sie seien empört über den in Dresden geplanten "Trauermarsch", hieß es in einem Aufruf vom Sonntag.

"Wir lehnen es ab, dass Pegida das Gedenken an unsere Kollegen vereinnahmen will", sagte ein Mitorganisator und Sprecher der Aktion der Deutschen Presse-Agentur. Wegen des Anschlags auf die französische Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" mit zwölf Toten haben die Pegida-Organisatoren ihre Anhänger aufgefordert, bei der Kundgebung an diesem Montag in Dresden Trauerflor zu tragen.

Pegida stehe für all das, was die Kollegen von "Charlie Hebdo" durch ihr Werk bekämpft hätten, hieß es. Zu den bisher elf Unterzeichnern gehört auch der niederländische Karikaturist "Willem", Gründungsmitglied und Zeichner bei "Charlie Hebdo". Er saß während der Anschläge im Zug nach Paris und überlebte das Attentat so.

"Wir, die französischen und frankophonen Zeichner, sind entsetzt über die Ermordung unserer Freunde. Und wir sind angewidert, dass rechte Kräfte versuchen, diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren", heißt es in dem Flugblatt. Eine der Karikaturen zeigt etwa eine Hyäne und einen Aasgeier, die aus dem Terroranschlag Kapital schlagen wollen. Zugleich rufen die Zeichner die Dresdner zu Weltoffenheit und Toleranz auf. "In diesem Kampf ist Dresden, wie Paris, eine symbolische Stadt."

Deutliche Kritik an Pegida kam am Sonntag erstmals auch aus der CSU. Parteichef Horst Seehofer forderte einen Stopp der Märsche.

Zum ersten Mal soll es an diesem Montag auch in Leipzig eine große Pegida-Demonstration geben. Nach den Terrorattacken von Paris hat die Stadtverwaltung allerdings eine umstrittene Auflage erlassen: Die Demonstranten dürfen keine Mohammed-Karikaturen zeigen - um Provokationen zu verhindern.

Französische Zeichner gegen "Pegida"

tagesschau, 12.01.2015

Mit einem Flugblatt und Karikaturen haben sich französische und frankophone Karikaturisten gegen die "Pegida"-Bewegung gestellt. Sie seien empört über den in Dresden geplanten "Trauermarsch", hieß es in einem Aufruf. "Wir lehnen es ab, dass 'Pegida' das Gedenken an unsere Kollegen vereinnahmen will", sagte ein Mitorganisator und Sprecher der Aktion der Deutschen Presse-Agentur.

"Pegida" stehe für all das, was die Kollegen von "Charlie Hebdo" durch ihr Werk bekämpft hätten, hieß es. Zu den Unterzeichnern gehört auch der niederländische Karikaturist "Willem", Gründungsmitglied und Zeichner bei "Charlie Hebdo". Er überlebte, weil er während der Anschläge im Zug nach Paris saß.

"Unsere Freunde, unsere Kollegen wurden brutal ermordet. Sie wurden niedergemetzelt durch Hass, Ignoranz, Dummheit und Extremismus. Auf eine zynische Art und Weise versucht die 'Pegida', die Attentate von Paris zu instrumentalisieren. Wir lehnen es ab, dass das Andenken unserer Freunde instrumentalisiert und durch den Dreck gezogen wird." - Aus dem Aufruf der Karikaturisten.

Eine der Karikaturen zeigt etwa eine Hyäne und einen Aasgeier, die aus dem Terroranschlag Kapital schlagen wollen. Zugleich rufen die Zeichner die Dresdner zu Weltoffenheit und Toleranz auf. "In diesem Kampf ist Dresden, wie Paris, eine symbolische Stadt."

Seehofer fordert Absage von "Pegida"-Demonstration

Wegen des Anschlags auf die französische Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" riefen die "Pegida"-Organisatoren ihre Anhänger auf, bei der Kundgebung heute in Dresden Trauerflor zu tragen.

CSU-Chef Horst Seehofer forderte die "Pegida"-Organisatoren auf, bis auf Weiteres auf ihre allwöchentlichen Proteste zu verzichten - "jetzt, wo die ganze Welt trauert und schockiert ist über die Vorgänge in Paris". Der bayerische Ministerpräsident betonte im "Bericht aus Berlin" zudem, er habe "mit den Parolen von 'Pegida' überhaupt nichts am Hut", und fügte hinzu: "Sie sind auch völlig unzutreffend."

"Hätten die Organisatoren einen Rest von Anstand, würden sie diese Demonstrationen einfach absagen", sagte auch Bundesjustizminister Heiko Maas. Angesichts der Terroranschläge in Paris sei die Kundgebung "heuchlerisch", sagte der SPD-Politiker im "Deutschlandfunk". Dieselben Demonstranten hätten noch vor einer Woche "Lügenpresse" skandiert, so Maas.

"Pegida" wird auch Thema sein, wenn der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu heute zu seinem ersten Besuch nach Berlin kommt. Auf dem Programm steht unter anderem ein Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Am Abend will Davutoglu in Berlin auch noch eine Rede vor Landsleuten halten.

Zahlreiche Gegenkundgebungen

Während die Organisatoren von "Pegida" und Ablegern in anderen deutschen Städten wie Leipzig auf einen weiteren Zulauf bei den Demonstrationen hoffen, wollen sich unter anderem in Dresden, München, Düsseldorf, Leipzig oder Saarbrücken zeitgleich erneut Tausende 'Pegida'-Gegner versammeln. In Hannover will Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) an einer Demonstration teilnehmen.

Vor der Dresdner Frauenkirche folgten am Wochenende rund 35.000 Menschen einem Aufruf der sächsischen Landesregierung und nahmen an einer Kundgebung für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit teil.